



Stephan Raabe

Polen
Nachbar, Partner, Freund
im Osten

Wechselfälle
der deutsch-polnischen
Beziehungen seit 1989

Rapporte der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen:

- Nr. 1. Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering: *Europas Werte verteidigen. Gemeinsam die Ziele in Europa erreichen*, 2007
- Nr. 2. Dr. Andreas Schockenhof: *Russland - ein potenzieller Wertepartner?*, 2007
- Nr. 3. Dr. Wolfgang Schäuble: *Deutschland und Polen – gemeinsam in Europa*, 2007
- Nr. 4. Ronald Pofalla: *Freiheit für Belarus*, 2007
- Nr. 5. Dr. Kazimierz Wóycicki: *Der Konflikt um die historische Erinnerung in Europa*, 2008
- Nr. 6. Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering: *Die Menschenrechte – Grundlage der Europäischen Einigung*, 2008
- Nr. 7. Dr. Nils Goldschmidt: *Der Streit um das Soziale in der Marktwirtschaft*, 2008
- Nr. 8. Stephan Raabe (Hg.): *Amerikanische Raketenabwehr in Europa*, 2008
- Nr. 9. Stephan Raabe: *Transformation und Zivilgesellschaft in Polen*, 2008
- Nr. 10. Dr. Robert Grzeszczak: *Subsidiäre Demokratie*, 2009
- Nr. 11. Prof. Dr. Ludger Kühnhardt: *Plädoyer für eine erneuerte Europäische Union*, 2009
- Nr. 12. Prof. Horst Teltschik: *Deutsche Wiedervereinigung. Genutzte und versäumte Chancen in der Außenpolitik. Plädoyer für ein gemeinsames europäisches Haus*, 2009
- Nr. 13. Jenaer Aufruf. *Zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft*, 2009
- Nr. 14. Stephan Raabe: *Der Streit um die Ostsee-Gaspipeline*, 2009
- Nr. 15. Prof. Danuta Hübner, Vaira Paegle: *Social market economy – a model for the future? Learning from the economic crisis*, 2010
- Nr. 16. Prof. Dr. Michael Wolffsohn, Prof. Dr. Thomas Brechenmacher: *Der Kanzler hat gekniet. Brandts Kniefall – ein Leitstern der Politik*

Herausgeber:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Vertretung in Polen
Stephan Raabe
02-561 Warschau, ul. J. Dąbrowskiego 56
Tel.: +48 22 845 93 30, Fax: +48 22 848 54 37
E-Mail: kas@kas.pl
www.kas.pl, www.kas.de

Redaktion:

Stephan Raabe

Übersetzung ins Polnische:

Magdalena Kurkowska

Graphische Gestaltung und Satz:

Mediakoncept, www.mediakoncept.pl

Stephan Raabe

Polen
Nachbar, Partner, Freund
im Osten

Wechselfälle
der deutsch-polnischen
Beziehungen seit 1989



Konrad
Adenauer
Stiftung

Mit dem Wahlsieg von Bronisław Komorowski ist zunächst einmal das politische Reformprojekt der „IV. Republik“ ad acta gelegt worden.

Adam Michnik, der ehemalige *Solidarność*-Vorkämpfer, Begründer und Herausgeber der liberalen *Gazeta Wyborcza* (Wahlzeitung), der größten Tageszeitung Polens, kommentierte den Ausgang der jüngsten polnischen Präsidentenwahlen vom 4. Juli 2010 mit den Worten: Er freue sich, denn Polen sei nun „das feindliche Gespenst der IV. Republik“ losgeworden.¹ In der Tat: Mit dem Wahlsieg von Bronisław Komorowski, dem Kandidaten der liberal-konservativen „Bürgerplattform“ (*Platforma Obywatelska*, PO), der in der Stichwahl 53% der Stimmen erhielt, über seinen national-konservativen Konkurrenten Jarosław Kaczyński (47%), den Vorsitzenden der größten Oppositionspartei, „Recht und Gerechtigkeit“ (*Prawo i Sprawiedliwość*, PiS), ist zunächst einmal das politische Reformprojekt der „IV. Republik“ ad acta gelegt worden.

Ein starker Partner für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit

Der Pfadfinder und Historiker Komorowski, der 58 Jahre alt ist und mit seiner Ehefrau Anna fünf erwachsene Kinder hat, wurde während des Kriegsrechts Anfang der 1980er Jahre als *Solidarność*-Aktivist interniert. Er sitzt mit einer Unterbrechung seit 1989 im Sejm und war von 1990-1993 stellvertretender Verteidigungsminister sowie 2000/2001 Minister der Verteidigung. Seit Herbst 2007 steht er dem Sejm als Parlamentspräsident vor. Im März hatte er sich in parteiinternen Vorwahlen mit deutlichem Vorsprung gegen Außenminister Radosław Sikorski durchgesetzt. Komorowski ist im Gegensatz zu seinem Vorgänger ein Optimist, der im Gefühl lebt und Politik betreibt, „dass die Welt überhaupt nicht böse, schrecklich, wDurch seine Wahl entschied sich eine Mehrheit der Wähler für eine Stärkung der Regierungspartei PO, die jetzt mit Premier Donald Tusk und dem Präsidenten die „doppelköpfige Exekutive“ in Polen stellt. Nun hat die PO gut ein

¹ *Adam Michnik*: Polacy wybrali politykę racjonalną i opartą na przekonaniu, że Polska jest dla wszystkich (Die Polen wählten eine rationale Politik auf die Überzeugung gestützt, dass Polen für alle Polen da ist), in: *Gazeta Wyborcza* vom 5.7.2010, 5. Die Erste Republik war die Adelsrepublik mit der ersten modernen Verfassung in Europa überhaupt vom 3. Mai 1791, die nach der dritten polnischen Teilung durch Preußen, Österreich und Russland aufgelöst wurde. Die Zweite Polnische Republik bezeichnet die Geschichte Polens von 1918 bis 1939 in der Zwischenkriegszeit, wobei es seit dem Putsch Józef Piłsudskis im Mai 1926 eine autoritäre Herrschaft in Polen gab. Als III. Republik wird die Zeit nach der friedlichen Revolution 1989/90 betitelt. Einen guten Überblick gibt *Manfred Alexander*: Kleine Geschichte Polens, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2005.

Jahr bis zu den nächsten Parlamentswahlen im Herbst 2011 Zeit, die Politik zu gestalten. Das war in den vergangenen zwei Jahren der Kohabitation mit dem PiS-Präsidenten Lech Kaczyński, dem Zwillingenbruder von Jarosław, schwieriger, da dieser häufig sein Veto gegen Gesetze der Regierung einlegte und auch außenpolitisch in die Regierungsarbeit eingriff. Dementsprechend sprach Regierungschef Tusk auch von einem Vertrauensvorschuss der Wähler, den die PO jetzt bestätigen müsse. Komorowski betonte in einer ersten Reaktion auf das Wahlergebnis die Kontinuität zur *Solidarność*, indem er an die alte Parole „Keine Freiheit ohne Solidarität, keine Solidarität ohne Freiheit“ erinnerte. Nachwahlbefragungen weisen darauf hin, dass Komorowski von über 80% der Linkswähler, die in der ersten Wahlrunde am 20. Juni für Grzegorz Napieralski gestimmt hatten, gewählt wurde. Dieser hatte damals 13,7% der Stimmen erhalten. Dagegen teilen sich die Wähler des **kleinen** Koalitionspartners der PO, der Polnischen Volkspartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe*, PSL), zu gleichen Teilen zwischen den Kandidaten auf. Erneut wurde die Teilung des Landes deutlich: Während alle westlichen Wojewodschaften und die Bewohner der Städte mit deutlicher Mehrheit für Komorowski stimmten, lag Kaczyński auf dem Lande und im ärmeren Osten klar vorne. Diese Teilung tendenziell zu überwinden, wird eine Hauptaufgabe Komorowskis sein, wenn er Präsident aller Polen sein will. Die vorgezogene Neuwahl war notwendig geworden, nachdem Präsident Lech Kaczyński am 10. April 2010 bei einem Flugzeugabsturz in Smolensk auf dem Weg nach Katyn ums Leben gekommen war. Im Herbst hätte die reguläre Neuwahl angestanden, bei der dem verunglückten Staatspräsidenten kaum Chancen auf eine Wiederwahl eingeräumt wurden.

Die jetzige Wahlentscheidung bietet gute Perspektiven für die Politik in Polen, für die polnisch-deutschen Beziehungen und die gemeinsame Politik in der EU, da der neue christdemokratische Präsident die konstruktiven und vermittelnden Kräfte Polens stärken wird. Dementsprechend freudig wurde die Entscheidung in Berlin begrüßt. Dass nun in Frankreich, Deutschland und Polen die politische Führung von Vertretern der Europäischen Volkspartei gestellt wird, ist eine Chance für die Gestaltung der Politik in der EU. Aber auch für die konservative Oppositionspartei PiS ist das Wahlergebnis eine gute Grundlage für die kommende Parlamentswahl. Jarosław Kaczyński erklärte noch am

Die jetzige Wahlentscheidung bietet gute Perspektiven für die Politik.

Wahlabend, sein Bruder Lech habe die Republik verändert. Diese Veränderung wolle die PiS weiterführen.

Das Gespenst der IV. Republik

Die politische Veränderung Polens hatte mit dem doppelten Sieg der Kaczyńskis bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Herbst 2005 nach vier Jahren postkommunistischer Linksregierung begonnen. Damals wurde zunächst die PiS mit 27% die stärkste Partei im polnischen Parlament; wenig später gewann Lech Kaczyński mit 54 zu 46% gegen den lange Zeit führenden PO-Vorsitzenden Donald Tusk die Präsidentschaftswahlen; schließlich bildete die PiS entgegen der weit verbreiteten Erwartung **keine** Koalition mit der PO, sondern eine Minderheitsregierung und später ein formelles Regierungsbündnis mit der linkspopulistischen „Selbstverteidigung“ und der rechtspopulistischen „Liga der Polnischen Familien“.

Zwar war schon bald nach 1989 sowohl das Lager der *Solidarność* wie auch die ehemalige kommunistische Koalition in rivalisierende Gruppen zerfallen, aber die polnische Gesellschaft blieb doch aufs Ganze gesehen geteilt in diejenigen, die eher zur Nomenklatura des alten Systems gehört hatten und jene, die eher mit der *Solidarność* gegen dieses System aufbegehrt hatten und ihre jeweiligen Nachfahren. Dies zeigte sich in den wechselnden Regierungsmehrheiten: 1989 bis 1993 regierten zunächst die *Solidarność*-Kräfte, dann bis 1997 bereits die postkommunistischen Linken, bis 2001 wieder das Wahlbündnis *Solidarność* unter Premier Jerzy Buzek, welches erneut von einer linken Mehrheit abgelöst wurde, die schließlich 2005 wiederum durch eine Mehrheit der beiden aus der *Solidarność*-Bewegung hervorgegangen, erst 2001 gegründeten Parteien PO und PiS ersetzt wurde. Einen zweiten ähnlichen politischen Strang bildeten die Präsidentschaften: Zunächst sicherte der Militärdiktator General Wojciech Jaruzelski, der am 19. Juli 1989 in einem historischen Kompromiss von dem nur zu einem Drittel frei gewählten Parlament sowie dem völlig frei gewählten Senat mit einer Stimme Mehrheit zum Staatspräsidenten bestimmt wurde, die Macht der Kommunisten in einer Übergangszeit. Erst Ende 1990 folgte der *Solidarność*-Führer Lech Wałęsa als erster frei gewählter Staatspräsi-

Die polnische Gesellschaft blieb doch aufs Ganze gesehen geteilt.

dent. Doch bereits 1995 gewann der mit 41 Jahren noch junge Postkommunist Aleksander Kwaśniewski, der ähnlich wie Egon Krenz in der DDR in kommunistischer Zeit für die Jugend zuständig war und von Jaruzelski gefördert wurde, gegen den *Solidarność*-Heroen Wałęsa die Präsidentschaftswahl. Erst nach zwei Amtszeiten wurde Kwaśniewski Ende 2005 im Zuge der damaligen konservativen Wende von Lech Kaczyński abgelöst.

Die „IV. Republik“ der Kaczyński-Brüder spaltete ab 2005 das Land in neuer Weise. In einem wahren Gerechtigkeitsfuror sollte Polen gereinigt werden von postkommunistischen Hinterlassenschaften und Korruption. Mit den Kommunisten und Wendeprofitören wollte man jetzt endlich genauso abrechnen, wie mit den ehemaligen Besatzern, den Deutschen und Russen. Nachdem Polen seine außenpolitischen Hauptziele, die vollständige Integration in die militärischen (NATO-Beitritt im März 1999) und politischen (EU-Beitritt im Mai 2004) Institutionen des Westens, erreicht hatte, galt es nun, die polnischen Interessen unüberhörbar zur Geltung zu bringen. Nation und nationale Solidarität, starker Staat, Recht und Ordnung, Souveränität, Geschichtspolitik, regionale Führung in Mitteleuropa und gleiche Augenhöhe mit dem westlichen Nachbarn waren nun die Leitworte. Längst überholt geglaubte Gedanken aus der Zwischenkriegszeit von der national-konservativen *Endecja* Roman Dmowskis, die einen homogenen katholischen Ein-Volk-Staat anstrebte, von Polen als Führungsmacht in einem „Dritten Europa“ zwischen Deutschland und Russland oder von der Politik als Unterscheidung von Freund und Feind in Anlehnung an den katholischen deutschen Staatsrechtler Carl Schmitt traten wieder hervor und wurden in bestimmten politisch-intellektuellen Kreisen en vogue. Zwar gab es genügend Anlass für grundlegende Reformen. Aber diese politische Einstellung polarisierte genauso wie der rabiante Stil, mit der die Sanierung (*sanacja*) und die neuen Ambitionen verwirklicht werden sollten. Die Kaczyńskis verstanden Politik als andauernden Kampf und Konfrontation. Innenpolitisch wurde die Antikorruptionsbehörde CBA (*Centralne Biuro Antykorupcyjne*) zu einem wichtigen Instrument. Politische Gegner, unliebsame Kritiker und selbst Regierungsmitglieder wurden bespitzelt und öffentlichkeitswirksam verhaftet, so wie der geschasste Innenminister Janusz Kaczmarek. Im Fernsehen erschienen regelmäßig wackelige Bilder von mas-

Die Kaczyńskis verstanden Politik als andauernden Kampf und Konfrontation.

kierten Spezialeinheiten, die die Opfer der „Säuberung“ abführten. Nach kaum mehr als einem Jahr im Sommer 2007 brach schließlich die rechtspopulistische Regierung in abgrundtiefem Misstrauen auseinander.²

Europa- und außenpolitisch manövrierten die Kaczyńskis und die PiS Polen mehr und mehr an den Rand, weil auch hier die Durchsetzung eigener nationaler Interessen Vorrang hatte vor konstruktiver Kooperation und geduldigem prozessualen Ausgleich. Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 erreichte diese Art von Politik einen Höhepunkt in der Auseinandersetzung um die nationale Stimmengewichtung im Europäischen Rat („Quadratwurzel oder Tod“). Der Streit konnte nur mit größter Mühe und Not und gehörigem politischen Druck in letzter Minute beigelegt werden. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hieß es nachdenklich: Es ist „der Dämon einer anderen, vergangen geglaubten Zeit, dessen giftiger Atem da plötzlich durch Europa streicht“.³ Die Kaczyńskis und ihre Gefolgschaft begegneten Deutschland mit blanken Misstrauen, was in Deutschland, das nach 1989 als verlässlicher Fürsprecher für Polen aufgetreten war, Unverständnis hervorrief. Neues Hegemoniestreben, Geschichtsfälschung, Missachtung der polnischen Interessen und anderes mehr wurde jetzt dem deutschen Nachbarn vorgeworfen. Da half es nur wenig, dass die etwa zeitgleich mit den Kaczyńskis an die Regierung gelangte Bundeskanzlerin Angela Merkel eine intensive, gleichwohl rücksichtsvolle Kontaktpflege mit Polens Regierung und Präsidenten betrieb. Der „Steinbach-Komplex“⁴, der Streit um das Gedenken an die Vertreibung in Deutschland, oder wie man jetzt in Polen wieder „politisch korrekt“ sagte, an die „Aussiedlung“, der häufig wiederholte Vorwurf, „die Deutschen“ stilisierten sich von „Tätern zu Opfern“, die unsägliche Diskussion um vermeintliche Restitutionsansprüche einer so genannten „Preußischen Treuhand“⁵ und um Entschädigungsforderungen Polens

2 Vgl. *Stephan Raabe*: Polen – Politische Chronik 2007. Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsbüro Polen vom 28. Januar 2008.

3 Vgl. ebd.

4 Vgl. *Stephan Raabe*: Im Antlitz der Geschichte. Tiefere Ursachen und Lösungsansätze des Streits um Erika Steinbach, Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsbüro Polen vom 25. März 2009.

5 Vgl. *Stephan Raabe*: Restitutionsansprüche abgewiesen. Ursache und Genese eines politischen Konfliktes, in: Die Politische Meinung, 11 (2008), 65-69; *ders.*: Die Klagen der „Preußischen Treuhand“. Zwischen politischer Hysterie und rechtlichen Fragen, in: Die Politische Meinung, 5 (2007) 69-73.

als Reaktion darauf, das an Polen vorbei geplante russisch-deutsche Joint Venture Ostsee-Gaspipeline⁶, der Streit um den europäischen Verfassungsvertrag und den Einfluss in der EU, die Diskussion um die Stationierung von Elementen der US-Raketenabwehr in Polen - all dies erschwerte oder blockierte sogar ein gedeihliches und partnerschaftliches Miteinander und ließ die politischen Beziehungen erstarren. Die Kommunikation auf der politischen Ebene war gestört, und die Medien multiplizierten diese Störung.⁷ Politisch hatte in Polen von neuem das Misstrauen gegenüber Deutschland die Oberhand gewonnen.⁸

„Zorn-Aufladung“ – ein Erklärungsversuch

Eine Folie zur Erklärung von Phänomenen, wie dem der „IV. Republik“, liefert der Philosoph Peter Sloterdijk in seinem Buch „Zorn und Zeit“, das eine Auseinandersetzung mit Francis Fukuyamas Werk „The End of History“ von 1992 ist. Sloterdijk diagnostiziert in den postkommunistischen liberalen Demokratien „Ströme frei flottierender Unzufriedenheit“, die sich aus den unstillbaren Prestigekämpfen der Nachgeschichte, aus der Masse der Verlierer und der prinzipiellen Unfähigkeit der liberalen Demokratie speisten, allen Bürgern die Befriedigung ihrer intellektuellen und materiellen Bedürfnisse zu bieten.⁹ „Sind die physischen Schlachten geschlagen, brechen die metaphorischen Kriege auf. Zu diesen kommt es unvermeidlich, weil die summarische Befriedigungsmaßnahme der liberalen Welt: die gegenseitige Anerkennung aller durch alle als gleichberechtigte Mitbürger des Gemeinwesens, in Wahrheit viel zu formal und unspezifisch bleibt, um den Einzelnen den Zugang zum glücklichen Bewußtsein zu eröffnen.“ Das

„Ströme frei flottierender Unzufriedenheit“

6 Vgl. *Stephan Raabe*: Der Streit um die Ostsee-Gaspipeline. Bedrohung oder notwendiges Versorgungsprojekt? In: KAS Auslandsinformationen 2 (2009) 67-94.

7 Vgl. *Beata Ociepka, Agnieszka Łada, Jarosław Ćwiek-Karpowicz*: Die Europapolitik Warschau und Berlins in der deutschen und polnischen Presse. Forschungsbericht hrsg. vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten Warschau mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau 2008.

8 Vgl. *Stephan Raabe*: Schwierige Nachbarschaft. Aktuelle Entwicklungen und Probleme in den deutsch-polnischen Beziehungen, Vortrag vor der Jahrestagung 2007 des Landesverbandes Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung: http://www.kas.de/proj/home/pub/48/1/year-2008/dokument_id-12727/index.html; *ders.*: Potenzielle Stabilität. Polen nach dem Ende der IV. Republik, in: KAS Auslandsinformationen 6 (2008) 27-40.

9 Vgl. *Peter Sloterdijk*: Zorn und Zeit. Politisch-psychologischer Versuch, Frankfurt a.M. 2006, 61-73; Die post-kommunistische Situation, hier: 66f.

Die Kaczyńskis und ihre Gefolgschaft begegneten Deutschland mit blanken Misstrauen.

große Reservoir an Missgunst und Verdrossenheit bei den unterlegenen Wettbewerbern, den Benachteiligten und den de facto Ausgeschlossenen führe dann zur „Eifersucht aller gegen alle. Sie verwickelt die Kandidaten auf bessere Plätze in Kleinkriege, die sämtliche Lebensaspekte durchdringen“.¹⁰ Die „thymotische Unruhe“ der Menschen einerseits, die sich in ihrem Stolz, Geltungsbedürfnis und ihren Ressentiments zeige, und die Figur des Verlierers andererseits, „der man auf halbem Weg zwischen den Ausgebeuteten von gestern und den Überflüssigen von heute und morgen begegnet“, führe immer wieder zu „Sammlungsbewegungen der kampfbereiten Unzufriedenen und der energischen Überflüssigen“ bis hin zu einer Art Bürgerkrieg, in dem es um die Ambitionen und die nachtragenden Gefühle der Verlierer gegenüber den bisherigen Gewinnern wie auch gegenüber den neuen Spielregeln gehe.¹¹

Ohne einen direkten Bezug auf die politische Situation in Polen liest sich das Kapitel über „Die post-kommunistische Situation“ in Sloterdijks Buch dennoch wie eine Analyse der Entwicklungen in Polen. Der polnische Publizist Adam Krzemiński bemerkte 2006 zu Recht, mit Jarosław Kaczyński regiere „der erste Zornige der IV. Republik“¹². Denn diese gewann ihre Motivation gerade aus einer Art von „Zorn-Aufladung“ gegen die „III. Republik“ und deren Krankheiten: Korruption, soziale und historische Ungerechtigkeit, Ineffizienz etc. und manifestierte sich alsbald bei den „ehrgeizigen und empörungsstarken Akteuren“ in einer „Politik der Ungeduld“¹³, in der Forderung nach Recht und Ordnung, nach Anerkennung der bisher sozial und historisch hinten Anstehenden, nach sozialer Gerechtigkeit und Durchsetzung der nationalen Interessen. Die „IV. Republik“ wie auch die jüngste Präsidentenwahl zeigen die Spaltung Polens geographisch wie soziologisch in den wohlhabenderen Westen und den ärmeren Osten, die Stadt- und die Landbevölkerung, die Gebildeteren und Ungebildeteren, die Jüngeren und die Älteren. Diese Spaltung lässt sich bei allen Wahlen seit 2005 deutlich beobachten. Während die einen die eher ausgleichenden Liberalen oder Linken wählen, stimmen die anderen für die

¹⁰ Ebd. 67.

¹¹ Ebd. 68f. und 22-26: Die thymotische Welt: Stolz und Krieg.

¹² Adam Krzemiński: „Tiefe Risse in der Demokratie“, in: Internationale Politik 5 (2006) 23-29, hier 24.

¹³ Sloterdijk, aaO. 71f.

Zorn-Fraktionen nationaler oder populistischer Ausprägung, wobei rund die Hälfte der Wahlberechtigten gewöhnlich sowieso der Wahl fernbleibt.¹⁴ Aber eine politische Kultur des Zornes schlägt leicht in Hass um. Das ist immer gefährlich, denn es vergiftet die Gesellschaft.

Im deutsch-polnischen Verhältnis kann diese Erklärung helfen, sich die Wirklichkeit und Wirksamkeit des Wert- und Geltungsverlangens der polnischen Nation bzw. ihrer politischen Vertreter besser zu vergegenwärtigen, die sich trotz der inneren Spaltung und politischen Unterschiede im Lande gerade gegenüber dem großen Nachbarn Deutschland immer wieder zeigt. Dadurch lässt sich eine klarere Sicht auf die in Polen politisch und kulturell wirksamen Ambitionsdynamiken gewinnen, die nach Beachtung, Rücksichtnahme, Anerkennung, Gleichberechtigung, Wertschätzung, eben nach „gleicher Augenhöhe“ streben trotz der selbstverständlich vorhandenen und oftmals fast schon rituell angeführten Asymmetrien, Ungleichgewichte, des wirtschaftlichen Niveauunterschiedes zwischen beiden Ländern und ihrer ungleichzeitigen Entwicklung. Hier wirkt sich sozialpsychologisch die Longue durée (Fernand Braudel), die lange Dauer geschichtlicher Erfahrung eines Landes aus, das sich stolz an die Piastzeit im Mittelalter und das polnisch-litauische Großreich in der frühen Neuzeit erinnert, Ende des 18. Jahrhunderts jedoch Objekt der Politik der aufstrebenden Teilungsmächte Russland, Preußen und Österreich wurde, für 123 Jahre von der Landkarte verschwand und kulturell unterdrückt wurde. Bereits 21 Jahre nach dem Wiedererstehen 1918 wurde Polen erneut Opfer seiner großen Nachbarn Deutschland und Sowjetrußland. Es wurde jetzt aber nicht nur geteilt und besetzt, sondern in seiner physischen Existenz bedroht und ausgebeutet. Die deutschen Besatzer demütigten die Polen als „slawische Untermenschen“, die trotz alledem im Zweiten Weltkrieg aufopferungsvoll auf Seiten der Alliierten und im Untergrund kämpften, nach dem Kriege aber nicht ihre Freiheit erhielten, sondern unter sowjetrussische Herrschaft fielen. Das Land und mit ihm die Bevölkerungen wurden nun auf der Landkarte um 150 km nach Westen verschoben. Erst 1989/90 ging diese zweifache Nach-

¹⁴ Vgl. dazu aktuell die Länderberichte des Auslandsbüros Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung zu den jüngsten Präsidentenwahlen: „Bronisław Komorowski vierter Präsident der III. Republik Polens“ (5. Juli 2010); „Kopf an Kopf“ (2. Juli) und insbesondere „Polen: Nach der Wahl ist vor der Wahl“ (22. Juni).

Aber eine politische Kultur des Zornes schlägt leicht in Hass um.

Von der „Stunde Null“ zu reden, hat in Polen erst ab 1989 Sinn.

kriegszeit des Ersten und Zweiten Weltkrieges mit ihren Kämpfen für Polen zu Ende. Von der „Stunde Null“ zu reden, hat daher in Polen erst ab 1989 Sinn, wie Władysław Bartoszewski 1995 im Deutschen Bundestag erklärte. Denn erst ab dann konnte das Land der Opfer und Verlierer, aber auch der heroischen Freiheitskämpfer sich endlich an den keineswegs leichten Transformations- und Aufholprozess machen und die Lösung der grundlegenden Dilemmata der polnischen Politik angehen.¹⁵

Diese Geschichte mit ihren Traumata und Peripetien, die man in Polen bis heute nicht so recht aufarbeiten konnte, prägt bis in die Tiefenschichten hinein die nationale Psyche und ebenso den ambivalenten Blick auf den deutschen Nachbarn, in dem sich nicht selten vorsichtige Skepsis mit Bewunderung, manchmal aber auch mit Neid und Missgunst paart, nationaler Stolz mit Inferioritätskomplexen. Diese Geschichte lässt sich nicht „abschließen“ – man muss sie gerade als Deutscher auf dem historisch-politischen Bildschirm vor Augen haben, mit ihr arbeiten. Dann kann man sie schrittweise überwinden. Dafür braucht es Zeit, „Lernzeit für Zivilisierungen“¹⁶. Wenn in Deutschland häufig appelliert wird, wie Frankreich im Westen so müsse Polen im Osten zum engen Partner Deutschlands werden, dann beschreibt das ein richtiges Ziel. Darüber sollten aber nicht die spezifischen Unterschiede, die ungleich schwereren Belastungen und verschiedenen Entwicklungen vergessen werden, die das deutsch-polnische Verhältnis beeinflussen. Auch zur Erreichung des Zieles einer engen Partnerschaft bedarf es Zeit, müssen Rückschritte hingenommen und Hindernisse überwunden werden.

Es wäre jedoch falsch, die mit der „IV. Republik“ verbundenen Krisenphänomene in den deutsch-polnischen Beziehungen allein auf die „Zorn-Aufladung“ unter den Kaczyńskis“ und damit auf die national-konservative Wende in der polnischen Politik im Jahre 2005 zurückzuführen. Diese Wende verschärfte nur die seit geraumer Zeit schon vorhandenen Spannungen und Turbulenzen.

¹⁵ Vgl. Władysław Bartoszewski: Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn, Deutscher Bundestag 28.4.1995.

¹⁶ Sloterdijk, aaO. 71.

Die Genese der Beziehungen nach 1989

Blicken wir noch einmal zurück: In den Zeiten des Kalten Krieges wurde die deutsch-polnische „Versöhnung“ zu einem Schlüssel, um die weltanschaulich zementierte politische Teilung zu überwinden. Versöhnung bezieht sich auf gemeinsame Werte, die Menschen und Gesellschaften verbinden. Sie ist eine Art ideale Brücke, die neue Orientierungen und politische Haltungen anregen kann und damit Gesellschaft und Politik beeinflusst. Nicht zufällig waren die Kirchen eine wichtige Quelle dieser Versöhnungsarbeit. Von ihnen kamen die ersten Anstöße für den deutsch-polnischen Dialog.¹⁷ Mit der politischen Überwindung der europäischen Teilung und der Wiedervereinigung Deutschlands wurde der Versöhnungsprozess fortgesetzt durch die Beseitigung der Gegensätze und Konflikte, die es auf der politisch-rechtlichen Ebene gab.¹⁸

Der Vertrag zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze vom 14. November 1990 setzte den Grenzstein nun endgültig. Damit war das Hauptproblem in den deutsch-polnischen Beziehungen ausgeräumt. Der anschließende Vertrag „über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991, dessen 20. Jahrestag 2011 ansteht, legte die Grundlage für die strategische Partnerschaft der kommenden Jahre.¹⁹ Hier werden die wichtigsten Motive und Zielsetzungen in den deutsch-polnischen Verhältnissen angesprochen: die Überwindung der Vergangenheit und Trennung Europas, Verständigung und Versöhnung, das Bewusstsein gemeinsa-

¹⁷ Vgl. Stephan Raabe: Die Kirchen als Katalysatoren der Versöhnung, in: Elżbieta Opitłowska, Krzysztof Ruchniewicz, Marek Zybura (Hg.), „Das Friedenszeichen von Kreisau“ und „Der Händedruck von Verdun“. Wege zur deutsch-polnischen und deutsch-französischen Versöhnung und ihre Symbole im kollektiven Gedächtnis der Gesellschaften (i.A. der Stiftung „Kreisau“, des Willy-Brand-Zentrums der Universität Breslau und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen), Wrocław 2009, 53-86 (liegt ebenso polnisch vor).

¹⁸ Zum Zusammenhang von Versöhnung und Interessengemeinschaft vgl. Witold Góralski: The Polish-German Community of Interests. Origins – Achievements – Threats, in: ders. (Hg.), Poland-Germany 1945-2007. From Confrontation to Cooperation and Partnership in Europe. Studies and Documents. Polish Institute of International Affairs, Warsaw 2007, 309-354, hier 339, 352f.

¹⁹ Auswärtiges Amt und Bundesministerium des Innern in Zusammenarbeit mit der Botschaft der Republik Polen (Hg.): Die deutsch-polnischen Verträge vom 14.11.1990 und 17.6.1991 (deutsch-polnisch), Bonn o.J.

Versöhnung bezieht sich auf gemeinsame Werte, die Menschen und Gesellschaften verbinden.

mer Werte und Interessen, die wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung und die Heranführung Polens an die Europäische Gemeinschaft. Vorgesehen wurden regelmäßige Konsultationen, gemeinsame Kommissionen, partnerschaftliche Kooperationen zwischen Regionen, Städten und Gemeinden, eine Beratung bei der Transformation, eine internationale und kulturelle Zusammenarbeit, die Anerkennung der deutschen Minderheit in Polen und kulturelle Freiheit der in Deutschland lebenden Polen, ein Deutsch-Polnisches Forum zur Weiterentwicklung der Beziehungen, die Errichtung eines Deutsch-Polnischen Jugendwerkes und vieles mehr.

Auf der Grundlage und schrittweisen Umsetzung dieses umfangreichen Kataloges wurden die deutsch-polnischen Beziehungen in den 1990 Jahren im Sinne einer „Werte- und Interessengemeinschaft“ positiv entwickelt. Rechtsstaatlich demokratische Freiheit, soziale Gerechtigkeit in der Marktwirtschaft, Solidarität für Frieden und Entwicklung waren wichtige gemeinsame Grundwerte. Die Überwindung der Ordnung von Jalta, die Gestaltung einer neuen freiheitlichen Friedensordnung und die europäische Vereinigung waren zentrale gemeinsame Interessen. Während Versöhnung vor allem Menschen vereint, bringt eine politische Interessengemeinschaft Länder zusammen. Sie zielt auf eine konkrete Zusammenarbeit von Staaten, die aus gemeinsamen politischen Zielen folgt. In dieser Situation hat Versöhnung die Funktion einer ideellen Bindung, die die Interessengemeinschaft stützt.²⁰ Auf dieser Grundlage konnte ein gewisses Vertrauenskapital aufgebaut werden.

Allerdings waren Fragen der Staatsangehörigkeit und Vermögensfragen im Nachbarschaftsvertrag, worauf ein Briefwechsel zum Vertrag hinweist, ausdrücklich ausgespart worden.²¹ Wie sich zeigen sollte, blieben die sich aus der Kriegs- und Nachkriegszeit ergebenden Themen politisch-gesellschaftlich heiße Eisen. Zwar wurden neuralgische Punkte wie die Vertreibung der Deutschen im Laufe der Zeit keineswegs umgangen, sondern offen und differenziert angesprochen.²² Ein erster Höhepunkt war diesbezüglich das zweijährige polnische Forschungsprojekt „Der Vertrei-

20 Vgl. *Góralski, aaO.* 339.

21 Deutsch-Polnische Verträge aaO. 70-74, hier 74.

22 Vgl. *Klaus Bachmann, Jerzy Kranz* (Hg.): *Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen*, Bonn 1998.

bungskomplex“, welches die einstigen Differenzen zwischen deutscher und polnischer Historiographie ad acta legen half und zu einer Enttabuisierung und Entideologisierung dieses Themas in Polen beitrug.²³ Später legte eine Arbeitsgruppe von Historikern, die von der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit und der Robert Bosch Stiftung gefördert wurde, eine mehrbändige sowohl in Deutsch wie in Polnisch publizierte Dokumentation aus polnischen Archiven über das Schicksal der Deutschen im polnischen Machtbereich 1945-50 vor.²⁴ Inwieweit aber diese Aufarbeitung des Vertreibungskomplexes Eingang in das allgemeine öffentliche und politische Bewusstsein gefunden hat, ist angesichts des Streits um dieses Thema in den letzten Jahren fraglich.

Ohne Zweifel wurde jedoch der Ausspruch des polnischen Außenministers Krzysztof Skubiszewski (1926-2010): „Polens Weg nach Europa führt über Deutschland“, erfolgreich in praktische Politik umgesetzt.²⁵ Deutschlands Unterstützung für Polens EU-Beitritt war ein effektiver Katalysator der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft in Bezug auf die europäische Integration.²⁶ Exemplarisch für diese Phase der deutsch-polnischen Beziehungen sind ihr symbolträchtiger Beginn mit der Versöhnungsmesse im niederschlesischen Kreisau am 12. November 1989 unter Beteiligung der beiden Regierungschefs Tadeusz Mazowiecki und Helmut Kohl, die in einer Umarmung den Friedensgruß austauschten, sowie zwei Ansprachen zu historischen Gedenktagen. Anlässlich des 50. Jahrestages des Warschauer Aufstandes am 1. August 1994 sprach zunächst Bundespräsident Roman Herzog in Warschau, was keineswegs bei allen in Polen Gefallen fand. Nationale Gruppierungen und Opferverbände kritisierten Präsident Lech Wałęsa heftig für die Einladung von Herzog und manche Aufstandsveteranen blieben der Veranstaltung aus Protest sogar fern. Über die Gräber der Toten des

23 Vgl. *Włodzimierz Borodziej, Artur Hajnicz* (Hg.): *Kompleks wypędzenia*, Kraków 1998.

24 Vgl. *Włodzimierz Borodziej, Hans Lemberg* (Hg.): *Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...Die Deutschen östlich von Oder und Neiße. Dokumente aus polnischen Archiven*, Herder Institut Marburg, Bd. 1/2000: Einführung, zentralstaatliche Verordnungen, Wojewodschaft Allenstein (südliches Ostpreußen); Bd. 2/2003: Zentralpolen, Wojewodschaft Schlesien (Oberschlesien); Bd. 3/2004: Wojewodschaft Posen, Wojewodschaft Stettin (Hinterpommern); Bd. 4/2004: Wojewodschaft Pomerellen und Danzig (Westpreußen), Breslau (Niederschlesien).

25 Vgl. *Alexander*, *Geschichte Polens*, aaO. 391.

26 Vgl. *Góralski, aaO.* 330ff., 343.

Während Versöhnung vor allem Menschen vereint, bringt eine politische Interessengemeinschaft Länder zusammen.

„Polens Weg nach Europa führt über Deutschland“.

„Ich bitte um Vergebung für das, was ihnen von Deutschen angetan worden ist.“

Aufstandes hinweg reichte der deutsche Präsident Polen damals die Hand und sagte: „Was wir brauchen, ist Versöhnung und Verständigung, Vertrauen und gute Nachbarschaft. Das kann nur weiterwachsen und gedeihen, wenn unsere Völker sich dem Grauen ihrer jüngsten Geschichte in aller Offenheit stellen. In aller Offenheit und ohne Vorurteile. Mit dem Mut zur vollen Wahrheit. Nichts hinzufügen, aber auch nichts weglassen, nichts verschweigen und nichts aufrechnen. Im Bewußtsein, der Vergebung bedürftig zu sein, aber auch zur Vergebung bereit. (...) Heute aber verneige ich mich vor den Kämpfern des Warschauer Aufstandes wie vor allen polnischen Opfern des Krieges: Ich bitte um Vergebung für das, was ihnen von Deutschen angetan worden ist.“²⁷ Diese Worte wurden von nicht wenigen Zeitgenossen in Polen als der wirkliche Durchbruch im Versöhnungsprozess empfunden.²⁸

Etwas später, am 28. April 1995 hielt der polnische Außenminister Władysław Bartoszewski im Deutschen Bundestag zum 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges eine bedeutende Rede.²⁹ Sie wurde als „die repräsentativste Interpretation der polnisch-deutschen Versöhnung, Partnerschaft und Interessengemeinschaft“ bezeichnet.³⁰ Bartoszewski verwies in seiner Rede auf die Worte Herzogs in Warschau, die er „mutig und aufrichtig“ nannte. Viele Polen hätten sie als „echte und lang erwartete Antwort des höchsten Vertreters Deutschlands auf die Botschaft der polnischen Bischöfe von 1965“ empfunden. Diese hatten damals in ihrem berühmten Schreiben an die deutschen Amtsbrüder ausgerufen: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ („Przebaczamy i prosimy przebaczenie“).³¹ Sodann erinnerte Bartoszew-

27 Veröffentlichung des Bundespräsidialamtes: <http://www.bundespraesident.de>.

28 Vgl. Markus Mildenerberger: Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1990: Eine Werte- und Interessengemeinschaft? In: Wolf-Dieter Eberwein, Basil Kerski (Hg.), Deutsch-polnische Beziehungen zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages: Eine Werte- und Interessengemeinschaft? Berlin 2001, 28-34, hier 30. 30; vgl. Adam Holesch: Verpasster Neuanfang? Deutschland, Polen und die EU, Bonn 2007, 41

29 Bartoszewski: Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges, aaO.

30 „The most representative interpretation of Polish-German reconciliation, partnership, and community of interests was made on 28 April 1995 in Bonn by Poland's foreign minister, Władysław Bartoszewski“: Góralski, aaO. 342.

31 Vgl. Basil Kerski, Thomas Kycia, Robert Żurek: „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965 und seine Wirkung, Osnabrück 2006 (polnisch mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung erschienen Olsztyn 2006); Friedhelm Boll, Wiesław Wysocki, Klaus Ziemer: Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er-Jahre und die Entspannungspolitik, Bonn 2009.

ski an die doppelte Verwundung des polnischen Volkes, das Abwehrreaktionen entwickeln musste, „die manchmal auch zu Überempfindlichkeiten führten“. Schließlich sprach er die bahnbrechenden Worte: „Als Volk, das vom Krieg besonders heimgesucht wurde, haben wir die Tragödie der Zwangsumsiedlungen kennengelernt sowie die damit verbundenen Gewalttaten und Verbrechen. Wir erinnern uns daran, daß davon auch unzählige Menschen der deutschen Bevölkerung betroffen waren und dass zu den Tätern auch Polen gehörten. Ich möchte es offen aussprechen: Wir beklagen das individuelle Schicksal und die Leiden von unschuldigen Deutschen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verloren haben.“ Und er führte zustimmend die Sätze des polnischen Essayisten Jan Józef Lipski an: „Wir haben uns daran beteiligt, Millionen Menschen ihrer Heimat zu berauben“. (...) „Das uns angetane Böse, auch das größte, ist aber keine Rechtfertigung und darf auch keine sein für das Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben“. Andererseits beharrte Bartoszewski mit Blick auf den Weltkrieg aber auch auf einer klaren Unterscheidung von Opfern und Tätern und ihren Mitläufern. Das Gedenken und die historische Reflexion müssten die deutsch-polnischen Beziehungen stets begleiten. Sie sollten aber nicht das Hauptmotiv dieser Beziehungen sein, sondern den Weg bereiten für die gegenwärtigen und in die Zukunft gerichteten Motivationen. Zu den wichtigsten Zielen und Begründungen der bilateralen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland gehöre die Zusammenarbeit im geeinten Europa. „Unsere Nachbarschaft wird im hohen Maße darüber entscheiden, ob und wann das geteilte Europa zusammenwachsen wird.“

„Wir haben uns daran beteiligt, Millionen Menschen ihrer Heimat zu berauben“.

Bartoszewskis Rede war im Vorfeld in Polen allerdings ebenfalls alles andere als unumstritten. Zum einen hatte Staatspräsident Wałęsa eigentlich erwartet, zu den 50-Jahr-Feierlichkeiten des Kriegsendes nach Deutschland eingeladen zu werden. Das dies nicht geschah, rief in Polen das schmerzhafteste Gefühl der Zweitrangigkeit in der deutschen Politik hervor. Während man sich selber ebenso wie Frankreich zu den Alliierten Siegern zählte, rechnete die Regierung Kohl Polen nicht dazu. Vor diesem Hintergrund diente die Einladung Bartoszewskis auch dazu, einen diplomatischen Eklat zu vermeiden. Zum anderen begann in Polen eine Diskussion darüber, ob nun als Antwort auf Herzog eine Vergebungsbitte für die Vertreibung der Deutschen fällig wäre, wie sie früher schon die polnischen Bischöfe ausgesprochen hatten. In Polen hatte man aber

das
schmerzhaftes
Gefühl der
Zweitrangigkeit
in der deutschen
Politik

überwiegend nicht den Eindruck, sich gegenüber den Deutschen für irgend-
etwas entschuldigen zu müssen. Im Mai 1996 bestätigte eine Untersuchung
des Meinungsforschungsinstitutes CBOS diese Einschätzung. Befragt nach der
Bewertung der Versöhnungsbitte der polnischen Bischöfe von 1965 antworteten
zwei Drittel der Befragten, dass es nichts gäbe, wofür die Polen die Deutschen
überhaupt um Vergebung bitten müssten. Fast die Hälfte der Befragten wusste
überhaupt nicht, dass es eine Vertreibung der Deutschen gegeben hatte.³² Bar-
toszewski meisterte die schwierige Situation indem er zwar nicht um Vergebung
bat, aber Empathie auch für die Vertriebenen zeigte und eine Mitverantwortung
von Polen an den Gewalttaten und Verbrechen im Zusammenhang der Zwangs-
umsiedlungen eingestand. Damit zeigte er die „geistige Souveränität“, deren
Maß „das Gefühl der moralischen Verantwortung für die ganze Geschichte
(ist), in der es – wie immer – helle und dunkle Seiten gibt“, wie er betonte.

Ein früher Warnruf: „Versöhnungskitsch gehobener Art“

Die Bitte um Vergebung von deutscher Seite für die Kriegsverbrechen und das
Eingeständnis einer Mitverantwortung von polnischer Seite für den „Raub
der Heimat“ vieler Deutscher bildeten zweifellos eine wichtige Grundlage
für Verständigung und Versöhnung. Doch bereits wenige Tage nach Herzogs
Rede in Warschau warnte der deutsche Polenkorrespondent Klaus Bachmann
nachdrücklich vor einem „Versöhnungskitsch“ zwischen Deutschen und
Polen. Nach wie vor vorhandene Vorurteile, Meinungsverschiedenheiten und
Probleme würden nicht dadurch gelöst, dass man sie mit bloßen Gesten, Sym-
bolhandlungen und Appellen zudecke, sondern dadurch, dass man sie offen
ausdiskutierte. Stattdessen jedoch überzeugten sich „germanophile Polen und
polenfreundliche Deutsche gegenseitig davon, daß sie einander mögen, meist
unter peinlicher Ausklammerung kontroverser Themen. Versöhnungskitsch
gehobener Art.“ Bachmann befürchtete, dass die Kontroversen, denen Politiker
und Intellektuelle jetzt aus dem Weg gingen, später umso heftiger ausbrächen.
„Die Worthülse von der Versöhnung verdeckt nur, daß die Meinungen des
einen über den anderen sich nicht verändern. Ja, Vor- und Pauschalurteile, Miß-
verständnisse und Rivalitäten werden sogar größer, weil es an Gelegenheiten

32 Vgl. *Mildenberger*, aaO. 30f.; zum ganzen Vorgang auch *Holesch*, aaO. 41f.

fehlt, diese mit der Sichtweise der anderen Seite zu konfrontieren. Das ist der
Fluch der guten Tat, die mit der Zeit zur Gewohnheit wurde und schließlich
zum leeren Bekenntnis erstarrte.“ Die deutsch-polnischen Beziehungen verträ-
gen auch einen gesunden Streit, vorausgesetzt, er werde ehrlich ausgetragen.³³

Bachmann hatte mit seiner Warnung nicht unrecht.³⁴ Denn wie der lang andau-
ernde und intensive Streit um das geschichtliche Gedenken an die Vertreibungen
wenige Jahre später zeigte, sind einige der „heißen Eisen“, die von den Kirchen
bereits Mitte der 1960er Jahre und 30 Jahre später dann erneut von Herzog und
Bartoszewski aufgegriffen worden waren, gesellschaftspolitisch noch längst nicht so
abgekühlt, dass man sie problemlos anfassen könnte. So lehnte in Polen keineswegs
nur der polnische Staatspräsident Lech Kaczyński, sondern eine breite Mehrheit in
Politik und veröffentlichter Meinung eine deutsche Gedenkstätte an die Vertreibun-
gen vehement ab, weil dies die historischen Rollen von Tätern und Opfern angeblich
verkehren würde. Gleichzeitig distanzierte sich der Staatspräsident geradewegs von
der Sichtweise Lipskis und Bartoszewski und wies darauf hin, dass deren Ansich-
ten von vielen in Polen eben nicht geteilt würden.³⁵ Damit entzog Lech Kaczyński
den deutsch-polnischen Beziehungen in einem sensiblen Bereich die historisch-
moralische Grundlage der Verständigung und Versöhnung, die so mühsam seit den
1960er Jahren gelegt worden war. Oder waren es vielleicht doch die Deutschen, die
mit ihrem Gedenkprojekt den Burgfrieden zwischen den Historien störten? - Wie
auch immer, Deutsche und Polen wurden jedenfalls seit Anfang des Jahrzehnts
auf eine ganz undiplomatische Weise darauf gestoßen, dass für die gegenseitige
kollektive Wahrnehmung in Politik und Medien den Erfahrungen des Weltkriegs
und der Nachkriegszeit „eine konstitutive Bedeutung zukommt.“³⁶ Eine merkwür-
dige Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen griff Platz: Während man in Deutschland
das Gedenken an die Vertreibungen museal historisieren, der geschichtlichen

Meinungsver-
schiedenheiten
und
Probleme nicht
dadurch gelöst
werden, dass
man sie mit
bloßen Gesten,
Symbolhandlun-
gen und Appel-
len zudeckt.

33 *Klaus Bachmann*: Versöhnungskitsch zwischen Deutschen und Polen, in: TRANSODRA 8/9, S. 41-43, gekürzte Fassung in: Die Tageszeitung vom 5.8.1994.

34 Vgl. *Holesch*, aaO. 43, der schreibt: Bachmann sollte „Recht behalten. Die Versöhnungspolitik stand noch vor ihren größten Problemen.“

35 Vgl. dazu die beiden Interview-Auszüge mit Präsident Lech Kaczyński, in: *Stefan Troebst* (Hg.), *Vertreibungsdiskurs und europäische Erinnerung*, Osnabrück 2006, 245ff.

36 *Dieter Bingen, Krzysztof Ruchniewicz*: Deutschland und Polen, in: *dies.* (Hg.): *Länderbericht Polen*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2009, 649-673, hier 649.

Eine
merkwürdige
Ungleichzeitig
der
Entwicklungen
griff Platz.

Betrachtung übergeben und sich vor allem der Zukunft zuwenden wollte, bekam Geschichte und Geschichtspolitik in Polen gerade eine größere Bedeutung. Man begriff die Vorgänge in Deutschland als einen Versuch der Geschichtsrevision, als politisch gefährlich, da in subtiler Weise das Potsdamer Abkommen von 1945 in Frage gestellt werde, und erwartete von Deutschen eine erneute Hinwendung zur Geschichte und deren kritische Aufarbeitung. Nach Jahrzehnten intensiver Geschichtsbefassung in West-Deutschland und der Beschäftigung mit der kommunistischen Vergangenheit in Gesamt-Deutschland nach 1989 war dies für weite Teile der deutschen Politik und Gesellschaft eine anachronistische Erwartung.

Goldene Jahre und erste Krisenzeichen

Trotz manch kritischer Einwände, wie dem von Bachmann, entwickelten sich die deutsch-polnischen Beziehungen in den 1990er Jahren auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene dennoch insgesamt erfolgversprechend. Manche bezeichnen sie deshalb sogar als „Die ‚goldenen‘ 1990 Jahre“.³⁷ Aber bereits im Juni 2000 heißt es in einem Strategiepapier der Konrad-Adenauer-Stiftung, das für einen Neubeginn der deutsch-polnischen Partnerschaft warb: Die bilateralen Beziehungen hätten sich seit 1998 deutlich verschlechtert und bräuchten neue Impulse. Probleme der Tagespolitik wie die Anpassungsschwierigkeiten in Vorbereitung auf den EU-Beitritt und vergangenheitsbezogene Streitigkeiten verstellten den Blick auf die strategische Bedeutung der Partnerschaft. Von einer „Entfremdung“ auf polnischer Seite und „fehlenden gemeinsamen Zukunftsvisionen“ ist die Rede. Es bestehe dringender Handlungsbedarf, wenn die bilateralen Beziehungen sich nicht – zu beiderseitigem Schaden – weiter verschlechtern sollen.³⁸ Was war geschehen? War die strategische Grundentscheidung von 1991, die Werte- und Interessengemeinschaft in Europa, etwa obsolet geworden?

Als Anlässe für die Entfremdung und Enttäuschung werden in dem Strategiepapier genannt:

³⁷ Ebd. 654ff.

³⁸ Vgl. Roland Freudenstein, Henning Tewes: In die Zukunft investieren: Strategien für einen Neubeginn in der deutsch-polnischen Partnerschaft, Außenstelle Warschau der Konrad-Adenauer-Stiftung, 27. Juni 2000; dies.: Stimmungstief zwischen Deutschland und Polen. Für eine Rückkehr zur Interessengemeinschaft, in: Internationale Politik 2 (2000) 49-56.

- Die Irritationen im Kontext der Bundestagsresolution vom 29. Mai 1998 zur Brückenfunktion von deutschen Vertriebenen und Minderheiten.³⁹ Darin gab der Deutsche Bundestag u.a. der Hoffnung Ausdruck, dass mit einem Beitritt Tschechiens und Polens zur EU „die Lösung noch offener, bilateraler Fragen erleichtert wird“, was das Recht auf Freizügigkeit und die Niederlassungsfreiheit einschließe. Er bekräftigte den Standpunkt Deutschlands von der Unrechtmäßigkeit und Völkerrechtswidrigkeit der Vertreibungen und forderte die Bundesregierung auf, sich auch weiterhin „für die legitimen Interessen der Heimatvertriebenen“ einzusetzen. Der Sejm antwortete darauf am 3. Juli 1998 mit einer scharfen Gegenresolution, in der er deutsche Ansprüche ablehnte, auf die Unverletzlichkeit der polnischen Grenzen und Eigentumstitel hinwies und die Rückkehr zum historischen Revisionismus scharf verurteilte. Der Resolutionsstreit wurde bald als Wendepunkt und Beginn eines wachsenden Misstrauens zwischen Deutschland und Polen gewertet.⁴⁰ Beide Staaten wurden erneut mit der Last der Vergangenheit konfrontiert, deren Bewertung nach wie vor auseinanderging.
- Eine auf polnischer Seite wahrgenommene Abwendung der neuen rot-grünen Bundesregierung von Polen, durch eine neue „Realpolitik“ und die Betonung deutscher Interessen.
- Der Streit um deutsche Kulturgüter in Polen und die zähen Verhandlungen über die Entschädigung von ehemaligen Zwangsarbeitern.⁴¹
- Ängste und Widerstände gegen die EU-Osterweiterung in Polen wie in Deutschland.

Der eigentliche Grund liege aber in einer „strukturellen Asymmetrie“: „In Polen existiert nach wie vor ein auf historischen Erfahrungen beruhendes latentes Misstrauen gegenüber Deutschland, in Deutschland ein oft auf Unwissen beruhender Mangel an Interesse gegenüber Polen.“ Beides verstärkte sich gegenseitig. Das Strategiepapier schlägt in dieser Situation vor, das deut-

³⁹ Vgl. Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/10845: Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.: „Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten sind eine Brücke zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn“.

⁴⁰ Vgl. Góralski, aaO. 351; Markus Mildenerger: Funktioniert die „Interessengemeinschaft“? Bilanz eines Jahrzehnts. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik Berlin, 9.8.2001, 12f.

⁴¹ Vgl. Holesch, aaO. 64f., 67-70.

Der
Resolutionsstreit
wurde bald als
Wendepunkt
und Beginn
eines
wachsenden
Misstrauens
zwischen
Deutschland und
Polen gewertet.

Der eigentliche Grund liegt in einer „strukturellen Asymmetrie“.

sche Interesse an der Partnerschaft mit Polen klar zu artikulieren und durch den politischen wie wirtschaftlichen Nutzen zu begründen. Am Ende der EU-Erweiterung stünden mehr Sicherheit, Wohlstand und Lebensqualität für die Menschen in Deutschland und Polen. So wie die Vergangenheit Deutsche und Polen oft getrennt habe, müsse die Zukunft sie nun verbinden. Dazu müssten vor allem nach einer Bilanz von Defiziten und Chancen neue strategische Ziele, bevorzugte Zielgruppen und Formen des Dialoges festgelegt werden. Empfohlen werden u.a. Gesprächskreise zur Europa-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik, bilaterale Sitzungen der Parlamentsausschüsse, eine Vernetzung der Eliten, die Gründung eines Institutes für Deutschlandstudien in Polen sowie eine Intensivierung der Kooperation in den grenznahen Regionen. Vieles von dem wurde zwischenzeitlich realisiert. Die nachfolgenden politischen Verwerfungen in den Beziehungen konnten dennoch nicht verhindert werden. Denn eine Partnerschaft in der Zukunftsgestaltung hängt ganz wesentlich vom Willen, aber auch vom Gestaltungs- und Konfliktlösungspotenzial der Partner ab.

Eine Spirale der Irritationen

Das Titelbild war skandalös. Polens konservatives Nachrichtenmagazin „Wprost“ (Direkt) zeigte Mitte September 2003 auf dem Titelblatt in einer Fotomontage die Vertriebenen-Vorsitzende Erika Steinbach in schwarzer Nazi-Uniform auf Gerhard Schröder reitend. Darunter stand: „Das deutsche trojanische Pferd“. Links daneben in großen Lettern: „Die Deutschen sind den Polen eine Billion Dollar für den Zweiten Weltkrieg schuldig.“ Das Bild stellte den vorläufigen medialen Höhepunkt in einer emotional geführten Debatte dar, den Steinbach mit ihrem Vorschlag ausgelöst hatte, ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin einzurichten. War es im Frühjahr 2003 zu einer weiteren erheblichen Entfremdung zwischen Polen und Deutschland wie auch Frankreich im Zuge des Irakkrieges gekommen, den Polen in Partnerschaft mit den USA im Gegensatz zu seinen westlichen Nachbarn unterstützte, so setzte sich nunmehr eine ganze Spirale der Irritationen in Gang, der die politischen Kommentatoren in beiden Ländern bereits 2004 von einem Tiefpunkt in den Beziehungen sprechen ließ. Das „Zent-

rum gegen Vertreibungen“ und die gleichzeitig von einer „Preußischen Treuhand“ vorangetriebenen Restitutionsansprüche einzelner Vertriebener führten damals in Polen, wo sich die Konservativen auf die Übernahme der Regierungsverantwortung vorbereiteten, zu stürmischen politischen und medialen Reaktionen. Am 10. September 2004 verabschiedete der Sejm als Antwort darauf eine **einstimmige** Resolution zu den „Rechten Polens auf deutsche Kriegsreparationen sowie zu den in Deutschland vorgebrachten unrechtmäßigen Forderungen gegenüber Polen und polnischen Bürgern“. Der Beschluss mit seiner Forderung finanzieller Kompensation für die Zerstörungen und die materiellen wie immateriellen Verluste im Zweiten Weltkrieg war ein spektakulärer politischer Akt. Er ignorierte das Faktum, dass über die Kriegsreparationen für Polen schon viel früher entschieden worden war und das Deutschland keinerlei Besitzansprüche gegenüber Polen stellte, worauf der polnische Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz in seiner Antwort an das Parlament hinwies. Ein weiteres Paradoxon der Resolution war, dass kurze Zeit vorher Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Rede aus Anlass des 60. Jahrestages des Warschauer Aufstandes in Warschau am 1. August 2004 ausdrücklich erklärt hatte, dass vor dem Hintergrund der Geschichte kein Raum sei für Restitutionsansprüche von Deutschland, Eigentumsfragen im Zusammenhang mit dem Krieg kein Thema mehr für die deutsche und polnische Regierung seien und weder die Bundesregierung noch irgendeine bedeutsame politische Kraft in Deutschland individuelle Eigentumsansprüche unterstützen. In Reaktion auf die Sejm-Resolution beauftragten beide Regierungen eine Expertengruppe, die Frage von individuellen Restitutionsansprüchen zu klären. Die beiden Völkerrechtsexperten Jan Barcz und Jochen Frowein kamen zu dem Ergebnis, dass solche Ansprüche rechtlich nicht existieren. Dennoch betrieb die „Preußische Treuhand“ ihre Sache weiter und Polens nationale Rechte nutzte die Gelegenheit, um in den Beziehungen zu Deutschland im Namen der polnischen Nationalinteressen auf Konfrontationskurs zu gehen. Auf diese Weise wurden die „nicht existenten“ Rechtsansprüche aus zwei Quellen so lange genährt, bis der Europäische Menschenrechtsgerichtshof endlich am 7. Oktober 2008, gut fünf Jahre später, die Klagen der „Preußischen Treuhand“ endgültig zurückwies und damit dieses Thema weitgehend ruhte. Ein später Sieg des Rechts über den Populismus.⁴²

Tiefpunkt in den Beziehungen

⁴² Vgl. Góralski, aaO. 344-348; Raabe, Restitutionsansprüche, aaO.

Ein später
Sieg des Rechts
über den
Populismus.

Unterdessen geht der Streit um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ oder das „Sichtbare Zeichen gegen Vertreibungen“, wie es 2005 im Vertrag der Großen Koalition heißt, die das Projekt zu einer Staatsangelegenheit machte, oder die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, wie sie per Gesetz am 30. Dezember 2008 errichtet wurde, weiter. Zwar hatte die neue liberal-konservative unter Premier Donald Tusk ab November 2007 eine vorsichtige Neubewertung vorgenommen, die, wenn nicht Akzeptanz, so doch eine skeptische Duldung signalisierte. Aber als es um den Einzug Erika Steinbachs, die dieses Projekt maßgeblich angestoßen hatte, in den Stiftungsbeirat ging, eskalierte der Streit im Frühjahr 2009 derart, dass sich Bundestagspräsident Norbert Lammert veranlasst sah, in einem offen Brief in der Süddeutschen Zeitung und der Gazeta Wyborcza für die Bundestagsabgeordnete Steinbach einzutreten und um Mäßigung in der Auseinandersetzung zu bitten.⁴³ Der eskalierende Streit rief in den wichtigsten Zeitungen Polens nachdenkliche Kommentare hervor, die davor warnten, das Rad zu überdrehen und nach den politischen Kosten dieses Kampfes fragten. Andrzej Godlewski, Kommentator von „Polska – The Times“ schrieb: „Die deutsche Regierungschefin wird der polnischen Regierung mit Sicherheit nicht so schnell vergessen, wie sie an die Wand gedrängt wurde. Frau Steinbach habe in Deutschland durch die Angriffe Ansehen gewonnen, und Polen werde dafür ‚zur gegebenen Zeit‘ die ‚Rechnung‘ bekommen.“⁴⁴ Waldemar Kuczyński, 1989/90 Minister im Kabinett Mazowiecki, forderte dazu auf, bei der Einmischung in die deutsche Geschichtspolitik gewisse Grenzen zu beachten.⁴⁵ Premier Tusk sorgte schließlich in Polen für Ruhe an dieser „Front“.

43 Der Brief Lammerts ist zugänglich unter: http://www.kas.de/proj/home/pub/48/1/year-2009/dokument_id-15909/index.html; vgl. Raabe, Antlitz der Geschichte, aaO.; ders.: Das gefährliche Spiel mit Erika Steinbach, Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsbüro Polen vom 6.3.2010 (gleichzeitig veröffentlicht in Tygodnik Powszechny und Die Tagespost).

44 Konrad Schuller: Nebenwirkungen einer Erpressung. Neue Töne zu Frau Steinbach, in: FAZ.NET, 6.3.2009; Wojciech Pięciak: Sprawa Erika Steinbach. Krajobraz po wojnie atomowej (Angelegenheit Erika Steinbach. Landschaftsbild nach einem Atomkrieg), in: Rzeczpospolita, 6.3.2009; Piotr Semka: Utracona część Władysława B. (Die verlorene Ehre des Władysław B.), in: Rzeczpospolita, 27.3.2009.

45 Vgl. Gerhard Gnauck: Polen debattiert. „Lassen wir Erika Steinbach in Ruhe!“ In: Welt Online, 6.3.2009; Waldemar Kuczyński: Lassen wir doch Frau Steinbach in Ruhe! In: Welt Online, 10.3.2009 (Übersetzung aus der Gazeta Wyborcza).

Als jedoch der neue Bundesaußenminister Guido Westerwelle am 31. Oktober 2009 seinen ersten Antrittsbesuch in Polen unternahm und von einem Journalisten nach Steinbach gefragt wurde, signalisierte er, dass die FDP wie früher die SPD diese Frage im Sinne Polens behandeln werde, da es schließlich um einen „Beitrag zur Versöhnung“ gehe.⁴⁶ 2003 hatte der FDP-Vorsitzende noch öffentlich Steinbach und das „Zentrum gegen Vertreibungen“ unterstützt und die damalige rot-grüne Bundesregierung aufgefordert, bei den Nachbarn Deutschlands um Verständnis für das Vorhaben zu werben. Westerwelle sagte damals wörtlich: „Ich verstehe nicht, warum der Bundeskanzler und der Außenminister den Sorgen der Nachbarn nicht entgegengetreten, sondern die Debatte noch unverantwortlich anheizen.“⁴⁷ Damit war das Thema zu einem innenpolitischen Streitfall geworden, der die Öffentlichkeit in Deutschland über die parteipolitischen Grenzen hinweg bewegte. Der Niedersächsische Ministerpräsident und heutige Bundespräsident, Christian Wulff, stärkte Steinbach den Rücken, indem er die Debatte mit Blick auf das visionäre polnische Bischofswort von 1965 „kleinkariert“ nannte und sich für den Einzug der Vertriebenenpräsidentin in den Stiftungsbeirat aussprach.⁴⁸ Erst nach langen Querelen konnte die „Causa Steinbach“, die zuletzt auch zu Verwerfungen in der neuen schwarz-gelben Koalition und in der Christdemokratie geführt hatte, beigelegt werden. Da Außenminister Westerwelle und die FDP mit Rücksicht auf Polen eine Berufung Steinbachs in den Beirat hartnäckig blockierten, verzichtete Steinbach schließlich am 12. Februar 2010 endgültig auf den Beiratssitz. Im Gegenzug handelte sie jedoch eine Verlagerung der Zuständigkeit für die Besetzung des Beirates von der Bundesregierung auf den Bundestag sowie eine Vergrößerung des Beirates, in dem die Vertriebenen nun mit sechs Sitzen stärker vertreten sind, und eine Ausdehnung der Ausstellungsfläche aus. Der Kampf um den Kopf Steinbachs war entschieden, die „Mission erfüllt“, wie ein hoher polnischer Regierungsvertreter bemerkte. In Deutschland fühlten sich am Ende die Gegner Steinbachs genauso erpresst wie ihre Unterstützer. Die polnische Regierung begrüßte dagegen die Lösung als gut für die polnisch-deutschen Beziehungen. Doch der über Jahre andauernde Kampf

46 Vgl. Gerhard Gnauck: Guido Westerwelle. Deutschlands neuer Außenminister verzückt Polen, in: Welt Online, 1.11.2009.

47 Vgl. Hans Henning Krumrey: Deutschland: „Nicht revanchistisch“. Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle möchte das „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin, in: Magazin Focus, Nr. 38/2003 (Focus Online, 15.9.2003).

48 Stiftungsrats-Sitz: Wulff findet Streit um Steinbach „kleinkariert“, in: Welt online, 24.11.2009.

Christian Wulff
stärkte
Steinbach
den Rücken.

hat Spuren hinterlassen. Er war nicht nur ein herber „Rückfall in Denkmuster und Stereotype, die längst überwunden galten“⁴⁹, sondern führte diesmal auch zu einer Entfremdung von Polen in weiten Kreisen der Vertriebenen, Konservativen und anderer Menschen in Deutschland.

Die mit der Gedenkstätte verbundene Problematik ist dagegen noch keineswegs gelöst. Weiterhin herrscht unübersehbares Misstrauen. Konzeptionell gedachte man Polen entgegen zu kommen, indem man die Vertreibung der Deutschen als ein internationales Phänomen in die Geschichte des 20. Jahrhunderts einordnet. Genau das stößt jedoch in Polen auf Ablehnung, denn damit werde der Vertreibung als einem neuen Paradigma für das 20. Jahrhundert das Wort geredet. Die Totalitarismen seien aber das zentrale Kennzeichen der Epoche und die Vertreibung müsse in ihrem spezifischen Zusammenhang mit dem von Deutschland verursachten Weltkrieg gesehen werden. Das sind historisch-museal keine unüberwindbaren Probleme. Dennoch scheint man in diesen Fragen wohl aus Gründen nationaler Staatsräson nicht zueinander zu kommen, weshalb die Stiftung zu einer Quadratur des Kreises wird. In der politisch vergifteten Atmosphäre, die das Projekt umgibt, entstehen immer wieder ideologisch befeuerte Schwelbrände. So zogen sich der einzige polnische Vertreter Tomasz Szarota, die tschechische Historikerin Kristina Kaiserova und die deutsche Publizistin Helga Hirsch zwischenzeitlich aus dem wissenschaftlichen Beirat zurück, der jetzt nur noch sechs Experten, davon einer aus Ungarn, umfasst.⁵⁰ Das Projekt, die Geschichte von Flucht, Vertreibung und Umsiedlung von Millionen Menschen im Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegszeit darzustellen, gestaltet sich bisher als Debakel und Ausweis für die Unmöglichkeit, in diesem nach wie vor neuralgischen Bereich mit Polen zusammen zu wirken. Dabei ist das Museum keineswegs ein Großprojekt deutscher Geschichtspolitik, sondern ein vom ganzen Rahmen her eher kleineres, sehr überschaubares Unterfangen, allerdings mit hoher Symbolwirkung. Mit Versöhnung oder Normalität hat all das wenig zu tun. Diese setzen ein Aufeinanderzugehen, ein tieferes gegenseitiges Verständnis voraus. Wie der über zehn Jahre andauernde heftige Streit, der sich an der Person Erika Steinbachs nur symbolisch festmacht, zeigt, ist es um dieses Verstehen aber alles

⁴⁹ Bingen, Ruchniewicz, aaO. 661.

⁵⁰ Vgl. Regina Mönch: Unsichtbares Zeichen, in: FAZ.NET vom 9.3.2010.

andere als gut bestellt. Manchmal konnte man fast meinen, die „blonde Dame“ sei – gleich nach Russland – das größte sicherheitspolitische Problem in Polen. Da passt es gut ins Bild, dass nach einer nach dem heftigen Streit um Steinbach im März 2009 erhobenen Umfrage, die CDU-Politikerin mit 38% nach Wladimir Putin (56%) und vor dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad (26%) die am meisten gefürchtete ausländische Politikerin in Polen war.⁵¹

Auch in anderen, ungleich gewichtigeren Politikfeldern drehte sich die Spirale der Irritationen im deutsch-polnischen Verhältnis weiter. War der Irak-Krieg eine Bewährungsprobe für die deutsch-polnischen Beziehungen in Bezug auf die Sicherheitspolitik und transatlantische Partnerschaft, so gestaltete sich der Streit um den Europäischen Verfassungs- oder später Reformvertrag als Bewährungsprobe für die bilateralen Beziehungen im Bereich der Europapolitik. Beide Proben misslangen. In beiden Fällen kam es zu teils scharfen Konflikten, die wohl nicht nur etwas mit „einer fatalen Ungleichzeitigkeit außenpolitischer Kulturen“⁵² in Deutschland und Polen zu tun haben, sondern auch mit politischen Positionen und der Unfähigkeit, diese in geregelten Prozeduren zu einem Ausgleich zu bringen. Ein weiterer seit 2005 hinziehender Streit und gleichzeitig ein gutes Beispiel für eine misslungene politische wie unternehmerische Kommunikation betrifft die Ostsee-Gaspipeline, die Russland mit Deutschland und Westeuropa verbinden soll. Über Jahre war es hier nicht einmal möglich, sich über die Fakten dieses Energieversorgungsprojektes zu verständigen.⁵³ Letztendlich konnte erst das Setzen von Tatsachen, den Widerstand in Polen gegen die Pipeline beruhigen. Am 9. April 2010 begann der Bau. In Nachhutgefechten wird jetzt noch über die Tiefe der Verlegung vor dem Stettiner Haff gestritten. Das Projekt, das der polnische Verteidigungsminister Radek Sikorski (damals noch PiS) 2006 mit dem Hitler-Stalin-Pakt verglich (sic!)⁵⁴, bleibt aber in den Augen der polnischen Politik und Medien ein Beispiel für die Missachtung polnischer Interessen und die Umgehung einer gemein-

⁵¹ Unbeliebte Vertriebenen-Präsidentin. Nur Putin macht Polen mehr Angst als Steinbach, in: Welt Online, 30.3.2009.

⁵² Bingen, Ruchniewicz, aaO. 661.

⁵³ Vgl. Raabe, Ostsee-Gaspipeline, aaO.

⁵⁴ Vgl. Polnischer Minister: „Pipeline-Vertrag wie Hitler-Stalin-Pakt“, in: Fokus Online (Reuters), 30.4.2006.

Mit Versöhnung oder Normalität hat all das wenig zu tun.

Der Kampf um den Kopf Steinbachs war entschieden, die „Mission erfüllt“.

Ein gutes Beispiel für eine misslungene politische wie unternehmerische Kommunikation.

samen europäischen Energiepolitik durch Deutschland. Derweil fordert die EU-Kommission von Polen, seinen Gasmarkt weiter zu öffnen, der von dem staatlichen Monopolisten PGNiG beherrscht wird, was auf die wirtschaftlichen Interessen hinter der politischen Auseinandersetzung hindeutet.⁵⁵

Paradigmenwechsel von der Interessengemeinschaft zur Konfliktnachbarschaft

Die genannten Konfliktfelder waren allesamt schon da, als die Brüder Kaczyński ab Herbst 2005 die Politik in Polen zu bestimmen begannen. Mit ihnen kam der Teil des Solidarność-Lagers, der sich seit 1989 mehr oder weniger als Verlierer sah, an die politische Macht. Beim innenpolitischen Kulturkampf, der dem politischen Wechsel vorausgegangen war, „ging es nicht zuletzt um den Stellenwert der Geschichte und der Geschichtspolitik sowohl für die Innenpolitik wie auch für die Außenpolitik“⁵⁶. Jetzt kam es über die bisherigen Divergenzen hinaus zu einer grundlegenden Änderung der polnischen Politik gegenüber Deutschland. Waren die Kaczyńskis schon früher als Politiker aufgefallen, „die die deutsch-polnischen Gegensätze hochspielten, um aus ihnen politisch Kapital zu schlagen“, so distanzierten sie sich jetzt ausdrücklich vom Prozess der Versöhnung und sahen in Deutschland mehr einen Rivalen als einen Partner. Dabei schreckten sie nicht davor zurück, diejenige, die seit vielen Jahren die Verständigung mit Deutschland gesucht hatten, als „Vaterlandsverräter“ zu brandmarken.⁵⁷ Das gipfelte etwa in dem absurden Vorwurf an den hochangesehenen zweimaligen Außenminister Polens und Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels, Władysław Bartoszewski, eine „Politik auf den Knien gegenüber Deutschland und dem Westen“ gemacht zu haben. Bartoszewski, kein Mann von Traurigkeit, konterte diesen Anwurf im Wahlkampf 2007 mit den Worten: „Glaubt nicht den frustrierten oder psychisch Geschädigten, welche ihre Probleme am Volk abreagieren. Ich verbitte mir kategorisch die heftige Beleidigung Polens durch

55 Vgl. Witold Gadomski: Komisja Europejska leczy Polskie obsesje (Die EU kuriert die polnischen Obsessionen), in: Gazeta Wyborcza.

56 Bingen, Ruchniewicz, aaO. 666. Wyborcza, 17./18.7.2010,12.

57 Ebd. 665.

unkompetente Regierungsmitglieder und unkompetente Diplomatie-Trottel (dyplomatołki).“⁵⁸ Damit gab er seine Gegner der Lächerlichkeit preis.

Jarosław Kaczyński hatte bereits in der Parlamentsdebatte zur erwähnten Sejm-Resolution vom 10. September 2004 den neuen Ton vorgeben, indem er feststellte: Es gebe eine Phalanx von deutschen Interessen in Poland durch Leute, die als unabhängige Experten oder Kommentatoren aufträten, aber von deutschem Geld lebten. Versöhnung sei ein Ausdruck großer Naivität, weil ihre Unterstützer sie verwechselt hätten mit der tatsächlichen Beziehung eines schwachen Opfers und eines starken Verfolgers.⁵⁹ Eine rapide Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen ließ folglich nicht lange auf sich warten. Witold Góralski kommt in seinem vom „Polnischen Institut für internationale Angelegenheiten“ - einer staatlichen Einrichtung - herausgegebenen Buch zu dem Urteil: „Die polnische Regierungsposition wurde charakterisiert durch die Vermeidung eines konstruktiven Dialoges und von Initiativen zur Regelung der wachsenden Krise.“⁶⁰ Die führenden Politiker der IV. Republik und ihre publizistischen Unterstützer nutzten bald sämtliche Konfliktfelder, um auf Konfrontationskurs zu gehen. Statt die durchaus vorhandenen Instrumente der politischen Krisenbewältigung zu nutzen, reagierte man regelrecht allergisch gegenüber den „Zumutungen“ aus Deutschland. Da konnte schon eine unsinnige Satire in der linken Tageszeitung taz vom 26. Juni 2006, in der der polnische Staatspräsident als „Polens neue Kartoffel“ lächerlich gemacht werden sollte, eine Staatenkrise hervorrufen.⁶¹ Die polnische Außenministerin verlangte eine Entschuldigung der deutschen Regierung und der Präsident sagte das kurz darauf geplante Weimarer Gipfeltreffen „wegen Bauchschmerzen“ ab, was immerhin acht ehemalige Außenminister Polens in einem offenen Brief kritisierten.⁶² Das „Weimarer Dreieck“ als Instrument des Dialogs und der

„unkompetente Diplomatie-Trottel“

Vermeidung eines konstruktiven Dialoges

58 Vgl. Stephan Raabe: Zur politischen Instrumentalisierung der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“, Die polnische Regierung und ihr Deutschlandbeauftragter nutzen die Stiftung zur Verbreitung ihrer Verschwörungstheorien und deutschlandkritischer Ressentiments. Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsbüro Polen, 12.10.2007.

59 Vgl. Góralski, aaO. 348f.

60 Ebd. 350.

61 Vgl. Stephan Raabe: Stereotyp na resentymentach (Stereotype Ressentiments), in: Wprost, 30.7.2006, 36-37;

62 Vgl. Gabriele Lesser: Kaczyński Affäre – Die unendliche Kartoffel. Polens Staatsanwaltschaft ermittelt noch immer in Sachen taz-Satire - ohne Rechtshilfe aus Deutschland, in: taz.de, 28.6.2007.

Eine Reihe von Beschwerden wurden vorgebracht.

Vertrauensbildung, das bereits seit 1995 an Dynamik verloren hatte, konnte in der Krise keine vermittelnde Rolle spielen.⁶³

Aber nicht nur das: Eine Reihe von Beschwerden wurden nun zusätzlich nicht nur von den Medien, sondern auch von der Regierung gegenüber Deutschland vorgebracht. Dazu gehörten:

- der Mangel an gleichen Rechten für die in Deutschland lebenden Polen im Vergleich mit der deutschen Minderheit in Polen;
- die Vernachlässigung der polnischen Sprache in Deutschland;
- eine vermeintliche sprachliche Diskriminierung von polnischen Staatsbürgern und deren Kindern bei Ehescheidungen und Umgangsrechten (laut der polnischen Botschaft in Berlin handelte es sich um ca. 30 schwierige und acht sehr schwierige Konfliktfälle, was ca. 0,08% der deutsch-polnischen Ehen betraf, wobei in Polen durch Medien und Politiker aber der Eindruck einer allgemeinen Diskriminierung hervorgerufen wurde)⁶⁴;
- die staatliche Unterstützung für Vertriebenen-Organisationen in Deutschland;
- die Fälschung der Geschichte durch die Verwendung des Begriffes „polnische Lager“ oder „Lager in Polen“ für die deutschen Konzentrationslager (auch hier handelt es sich um eine verschwindend geringe Anzahl von Fällen; durch die Kampagne „gegen die polnischen Lager“ wurde jedoch suggeriert, es handle sich um ein Massenphänomen)⁶⁵.

Dies alles wurde in der innerpolnischen Diskussion begleitet durch den Vorwurf, die polnischen Verhandlungsführer der Verträge mit Deutschland nach 1989 hätten damals kapituliert und die polnischen Anliegen nicht genügend zur Geltung gebracht, woraus sich die Notwendigkeit einer Neuverhandlung des Nachbarschaftsvertrages und einer Vereinbarung über eine Null-Option in Bezug auf jegliche Besitzansprüchen ergebe.⁶⁶ Aus der einstmaligen „Werte-

63 Zur Rolle des Weimarer Dreiecks vgl. *Holesch*, 38ff.

64 Vgl. *Thomas Urban*: Diabeł tkwi w liczbach. Problemy między Polską a Niemcami mają charakter bardziej emocjonalny, niż polityczny (Der Teufel steckt in den Zahlen. Die Probleme zwischen Polen und Deutschen haben mehr einen emotionalen Charakter, als einen politischen), in: *Polityka.pl*, 16.7.2010: <http://www.polityka.pl/swiat/tygodnikforum>.

65 Vgl. ebd.

66 Vgl. *Góralski*, aaO. 350f; zu den Kaczyńskis und Deutschland insgesamt, *Holesch*, aaO. 114-120.

und Interessengemeinschaft“ war endgültig eine „Konflikt-Nachbarschaft“ geworden. Was dabei am meisten erstaunt, ist gar nicht einmal das Vorhandensein der Konflikte an sich, sondern der Mangel an Dialogbereitschaft oder Dialogfähigkeit, der fehlende Wille, die Probleme konstruktiv zu lösen, anstatt sie innen- und außenpolitisch als Kampfmittel zu benutzen.

Die Konflikt-Nachbarschaft ließ die öffentliche Meinung nicht unbeeinflusst, was sich in Umfragen niederschlug. Natürlich sind Meinungsbefragungen nicht die Wirklichkeit. Sie bilden diese nur ab. Doch ein Blick auf die Entwicklung der Daten in den letzten Jahren lohnt. Denn die Sympathie der Polen für die Deutschen sank von 44% 2005 auf **29% 2008** deutlich. Die Gleichgültigkeit stieg dagegen von 31 auf 44%. In Deutschland gingen die Sympathiewerte von 31% im Jahr 2000 über 17% 2006 auf **23% 2008** ebenfalls zurück. Gleichzeitig nahm auch hier die Gleichgültigkeit von 45 auf 57% zu. Erstaunlich ist die - trotz allem Streit - weiter positive Einschätzung des deutsch-polnischen Verhältnisses, die darauf verweist, dass Politik nicht alles bei der Bewertung ist. Dennoch gingen auch hier die positiven Werte zurück, wogegen die negativen stiegen. Wurden die bilateralen Beziehungen in Polen im Jahr 2000 von 83% als gut beurteilt, so sank der Wert auf **66% 2008**. 21% der Befragten – nur ein Fünftel, aber mehr als dreimal soviel wie im Jahr 2000 - meinten jetzt, die Beziehungen seien schlecht. In Deutschland sank die Zahl derjenigen, die die Beziehungen als gut einstufen von 57% im Jahr 2000 auf **48% 2008**. 35% sagten 2008 das Verhältnis sei schlecht (2000: 29%).

Im Gegensatz zur Politik der IV. Republik sagten 2008 **62%** (2005: 72%), Polen solle in der Deutschlandpolitik auf Zusammenarbeit und Kompromiss setzen; es solle seine Interessen gegenüber Deutschland entschieden vertreten, meinten dagegen nur **28%** (2005: 20%). Negativ fällt das Urteil in Deutschland 2008 über die Europapolitik Polens aus: Polen hemme die europäische Integration sagen 42% (trage zur Integration bei meinen 32%); es strebe die Verwirklichung seiner eigenen Interessen auf Kosten anderer Länder an (+ 47%, - 34 %) und trage zur Verschärfung von Konflikten und Spannungen bei (+ 45%, - 31%). Dagegen stellte die Mehrzahl der befragten Polen ein gutes Zeugnis in der Europapolitik aus: 61% meinten, Deutschland trage eher zu einer besseren Zusammenarbeit bei, wirke für die Vertiefung der

Die Konflikt-Nachbarschaft ließ die öffentliche Meinung nicht unbeeinflusst.

Erstaunlich ist die – trotz allem Streit – weiter positive Einschätzung des deutsch-polnischen Verhältnisses.

Integration (60%) und strebe die Realisierung eigener Interessen unter Beachtung der Interessen anderer Länder an (+ 48%, - 26%). Die negative europapolitische Einschätzung Polens hatte offenbar Auswirkungen auf die Meinung zur Berücksichtigung polnischer Interessen in der deutschen Russlandpolitik: Während 2006 noch 45% der befragten Deutschen dafür Eintraten und 38% dagegen waren, kehrte sich das Verhältnis 2008 um; nur noch 36% waren für die Rücksicht auf Polen in diesem Bereich, 48% jedoch dagegen.

Bemerkenswert angesichts der historisch bedingten Streitfälle ist folgendes Ergebnis: Immer noch eine Mehrheit von 51% (2005: 62%) äußerte 2008 in Polen, dass der Zweite Weltkrieg nur noch einen geringen oder gar keinen Einfluss mehr auf die bilateralen Beziehungen habe. Gegenteiliger Auffassung waren allerdings 43% (2005: 34%). In Deutschland räumte ebenfalls eine Mehrheit von 55% dem Krieg nur einen geringen oder keinen Einfluss auf die deutsch-polnischen Verhältnisse ein (2006: 51%). Anderer Auffassung waren 34% (2006: 36%).⁶⁷ Dazu passt, dass der Versuch der Kaczyńskis, vor dem Hintergrund der belastenden Geschichte durch ein populistisch instrumentalisiertes Misstrauen gegenüber Deutschland innen- wie außenpolitisch Kapital zu schlagen, letztendlich scheiterte.

Ein Nachklang der „IV. Republik“: das doppelte polnische Interessenparadox

Das Konzept der nationalen Interessenpolitik führte zu einem doppelten Paradoxon. Je mehr man in Polen auf die eigenen Interessen, ihre Reklamation und Durchsetzung fixiert war, desto weniger – so scheint es – achtete man auf die Interessen der anderen Partner in Europa, was die Identifikation von Gemeinsamkeiten und die Vermeidung von nicht unbedingt notwendigen Interessenkämpfen erschwerte, sofern dies überhaupt angestrebt war; desto weniger verstand man aber auch das **starke Engagement Deutschlands** in Polen, das misstrauisch wiederum als „Einflusspolitik“ des großen Nachbarlandes diffamiert wurde, obwohl hier von deutschen Steuergeldern oder privaten

67 Vgl. *Agnieszka Fronczyk, Agnieszka Łada: Deutschland und die europäische Politik in den Augen der Polen und Agnieszka Łada: Polen und die europäische Politik in den Augen der Deutschen*, in: *Lena Kolarska-Bobińska, Agnieszka Łada* (Hg.): *Polen und Deutsche. Ihr gegenseitiges Bild und ihre Vision von Europa* (realisiert in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung), Warschau 2009, 144-187, 188-217. *Agnieszka Łada: Wächst mit der Vertrautheit die Abneigung? In: Dialog 88* (2009) 58-61.

Stiftungen oft originär polnische Anliegen wie zivilgesellschaftlich politische Debatten, politische Bildungsarbeit, internationale Konferenzen, Beratung im Transformationsprozess, Studien, Stipendien oder die Arbeit von polnischen NGOs gefördert oder überhaupt erst ermöglicht wurden.⁶⁸ Gleichzeitig wurde auf der anderen Seite aber häufig ein **mangelndes deutsches Interesse** an Polen beklagt. Rafał Ziemkiewicz, einer der führenden nationalkonservativen Fernseh- und Zeitungsjournalisten, brachte diesen Zwiespalt in der Tageszeitung *Rzeczpospolita* folgendermaßen zum Ausdruck: „Der mächtige und finanzkräftige Nachbar im Westen verhalte sich zu Polen immer noch wie eine Metropole zu ihrer Kolonie. Durch die gezielte Förderung von Thinktanks und Kulturprojekten habe Deutschland erreicht, dass auch in Polen das ‚EU-korrekte Geschwätz‘ immer mehr zu- und das ‚Interesse am polnischen Schicksal, an der polnischen Seele‘ abnehme. Deutschland verfolge bei mancherlei Unterstützung für Polen eigene Interessen, so der bekannte Publizist. Aber – das wolle er nicht leugnen – Deutschland habe tatsächlich ein Interesse an einem ‚modernen Polen‘, und so müsse man diesen Einfluss zähneknirschend akzeptieren, anstatt – eine Anspielung auf aggressive Töne der Kaczynski-Zwillinge – aufzustampfen und rumzuschreien.“⁶⁹

Politischer Wechsel 2007: Beruhigung, Entspannung, Interessenpolitik

Als bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 21. Oktober 2007 die „IV. Republik“ der Kaczyńskis mit 63,57% der Stimmen abgewählt wurde und die PO mit 41,51% als Sieger feststand⁷⁰, war die Erleichterung über den politischen Wechsel

68 Neben der paritätisch besetzten „Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit“, deren Arbeit sich aus der teilweisen Rückzahlung der Mittel aus dem deutschen Jumbo-Kredit an Polen von 1975 speist und die allein in den letzten fünf Jahren rund 70 Millionen Złoty (ca. 17,5 Millionen €) in die Verständigungsarbeit investierte, der „Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung“, die seit 1992 die Entschädigungszahlungen an polnische NS-Opfer vermittelte und Bildungs- und Begegnungsprojekte betreibt, und der Deutsch-Polnischen Industrie und Handelskammer zur Wirtschaftsförderung sind u.a. die parteinahen politischen Stiftungen, der Deutsche Akademische Austauschdienst, das Goethe-Institut und das Deutsche Historische Institut sowie private Einrichtungen wie die Robert-Bosch-Stiftung in größerem Umfang in Polen tätig.

69 Gnauck: Guido Westerwelle, aaO

70 Die PO schaffte in kurzer Zeit einen rasanten Aufstieg. Kurz nach ihrer Gründung bei den Wahlen 2001 begann sie mit 12,68%, 2005 wurde sie zweitstärkste Kraft mit 24,11% hinter der PiS, 2007 stärkste Partei.

Deutschland verfolgt bei mancherlei Unterstützung für Polen eigene Interessen.

Die Chancen für die Wiederbe-gründung einer Partnerschaft waren gut.

in Polen, aber auch in Berlin groß. Die Süddeutsche Zeitung berichtete, Bundeskanzlerin Merkel setze auf Entspannung im deutsch-polnischen Verhältnis und auf einen Schulterchluss in der Europapolitik. Die Bundesregierung hoffe, dass die neue polnische Regierung das Angebot zum Dialog und zum Ausgleich aufgreifen werde.⁷¹ Die PO stellte jetzt mit Donald Tusk den Premierminister in einer Koalitionsregierung mit der Polnischen Volkspartei (PSL) unter Führung von Waldemar Pawlak, der Vizepremier und Wirtschaftsminister wurde. Beide Parteien sind Mitglied in der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), was das Gespräch und die Zusammenarbeit erleichterte. Die Einbindung in den Parteiendialog mit den Christdemokraten in Deutschland hatte zudem bereits früher für gute Kontakte gesorgt. Es war nicht zu erwarten, dass mit dem politischen Umschwung in Polen die Probleme zwischen Polen und Deutschland, die in den vergangenen Jahren deutlich zu Tage getreten waren, nun vom Tisch verschwinden würden. Doch konnte man nun auf einen konstruktiven Umgang mit den Schwierigkeiten und auf eine erneute Annäherung hoffen. Insofern gab es Anlass, in den deutsch-polnischen Beziehungen wieder mit Optimismus in die Zukunft zu schauen. Die Chancen für eine Entspannung und die Wiederbe-gründung einer Partnerschaft waren gut.

Tatsächlich gelang es der Regierung Tusk schon bald, die Politik im inneren wie nach außen in ruhigere Bahnen zu lenken. In seiner ersten Regierungserklärung am 23. November 2007 versprach der neue Premier einiges: die Unterzeichnung des EU-Reformvertrags, bessere Beziehungen zu den Nachbarn, die Wiederbe-lebung des „Weimarer Dreiecks“, den schnellen Beitritt zur Euro-Zone und ein „polnisches Wirtschaftswunder“ durch mehr Wettbewerb. Vor allem aber machte er Vertrauen und Normalität zum Motto seiner Regierung. Also das Gegenteil davon, wie sein Vorgänger Kaczyński das Land regiert hatte. In der Gazeta Wyborcza vom 5. November 2007 erklärte Tusk allerdings auf die Frage, ob er nun mit Angela Merkel eine neue Etappe der polnisch-deutschen Versöhnung beginnen werde: „Die Zeit politischer Gesten wie zwischen Kohl und Mazowiecki ist zu Ende. Die Zeit der Interessenpolitik ist gekommen, und wir müssen unsere

71 Süddeutsche Zeitung, 22.10.2007; *Albert Kotowski*: Ein Rückblick auf die deutsch-polnische Nachbarschaft (Vortrag München 4.12.2008), in: *Einsichten und Perspektiven*. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte (hg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit), 1/2010: https://www.km.bayern.de/blz/eup/01_10/1.asp.

Interessen verteidigen.“ In einem Essay für das deutsch-polnische Magazin *Dialog*, der an seine Rede vom 29. März 2007 in Berlin während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum 85. Geburtstag von Władysław Bartoszewski anknüpfte, führte er unter der Überschrift „Die Notwendigkeit einer neuen Sprache zwischen Polen und Deutschland“ genauer hin aus: „Ich bin mir dessen bewusst, dass die Zeit der Politik der Gesten vorbei ist. Die große Öffnung, die Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki in Kreisau vollzogen haben, wird in den gegenseitigen Beziehungen als Wegweiser für die Zukunft gelten. Heute ist jedoch die Zeit der Interessenpolitik gekommen. Im Geiste jenes Ereignisses müssen wir uns deshalb über die Dinge unterhalten, die uns trennen. Man kann den Stil oder die Effizienz der Außenpolitik ändern, aber die Probleme in den gegenseitigen Beziehungen verschwinden nicht nur deswegen, weil sich die Regierungsmannschaft in Warschau oder Berlin ändert. Deshalb werden wir auch Entscheidungen nicht akzeptieren, die eine fundierte historische Bilanz in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg in Zweifel ziehen. Ich werde darüber mit Angela Merkel sprechen. (...) Genauso wichtig ist es, dass die Pläne zur Realisierung des ‚Zentrums gegen Vertreibungen‘ endgültig aufgegeben werden. In all diesen Fragen werde ich Befürworter unserer Haltung suchen. Eine andere Angelegenheit, die uns trennt, bleibt die Erdgaspipeline durch die Ostsee. (...) Es gibt von unserer Seite keine Zustimmung für die Entwicklung einer Infrastruktur, die das Monopol Russlands bei der Lieferung von Energierohstoffen stärkt.“⁷²

Neu war diese Sprache keineswegs. Allerdings wurde eine Begriffsverschiebung weg vom „Interessenkampf“ und hin zur „Interessenpolitik“ deutlich. Von nun an tauschte man sich eher vertrauensvoll und freundschaftlich über die alten Kontroversen aus, man führte gute offene Gespräche, beschwor die Bedeutung guter Beziehungen, die auf Wahrheit aufzubauen hätten, was an den unterschiedlichen Standpunkten und historischen Wahrheitsbegriffen allerdings nichts änderte.⁷³ Von einer tatsächlichen Neubegründung einer Partnerschaft und einer konkreten

72 *Donald Tusk*: Was für eine Union braucht Polen, was für eine Gemeinschaft braucht Europa? In: *Dialog*, 80/81 (2007/2008) 10-13, hier 13.

73 Vgl. exemplarisch den Bericht zum Antrittsbesuch von Tusk in Berlin von *Nina Mareen Spranz*: Die neue Vertrautheit von Deutschland und Polen, in: *Welt online*, 11.12.2007 und den Beitrag zum Treffen von Merkel und Tusk in Hamburg: „Merkel und Tusk schweigen zu Steinbach“, in: *Welt online*, 27.2.2009.

„Die Zeit politischer Gesten (...) ist zu Ende. Die Zeit der Interessenpolitik ist gekommen.“

Begriffsverschiebung weg vom „Interessenkampf“ und hin zur „Interessenpolitik“

politischen Zusammenarbeit in Bereichen gemeinsamen Interesses erfuhr man nach außen hin wenig. Und wenn es auch kaum zu gemeinsamen Lösungen in den Hauptstreitpunkten kam, so wurden diese doch nach und nach durch den Gang der Dinge obsolet oder an den Rand gedrängt, so dass sie nicht mehr direkt im Wege standen. Die Regierungen Merkel und Tusk haben in den letzten zweieinhalb Jahren einiges dafür getan, dass nach den Zerwürfnissen der vorangegangenen Jahre wieder ein meist gutnachbarschaftlicher Alltag eingeleitet ist. Vor allem die Atmosphäre hat sich wesentlich verbessert. Normalität herrscht – wie der Fall Steinbach zeigt – jedoch noch nicht.⁷⁴ Es bleibt die unterschiedliche politische Bewertung der „Vertreibung“ (deutsch) bzw. „Aussiedlung“ (polnisch).

Deshalb klingt es noch immer ein bisschen wie ein Rufen im Walde, wenn nun allenthalben bei offiziellen Anlässen von beiden Seiten deklariert wird, die Probleme seien so gut wie alle ausgeräumt, die Beziehungen so gut wie nie in der langen wechselhaften Geschichte von Deutschen und Polen, „aus der ‚Interessengemeinschaft‘ sei ‚Partnerschaft für Europa‘ geworden, aus dem Vertrauensvorschluss gegenseitiges Vertrauen“.⁷⁵ Das geht angesichts der Erfahrungen und Schwierigkeiten der letzten Jahre etwas zu glatt über das diplomatische Parkett, genauso wie die stereotypen Bekenntnisse zur geschichtlichen Bedeutung der *Solidarność*, zum unvergessenen Beitrag Polens für die Einheit Deutschlands und die Überwindung der Teilung Europas, zur Wichtigkeit, ja Erstrangigkeit der Versöhnung und Freundschaft mit Polen, zum Zusammengehörigkeitsgefühl von Deutschen und Polen etc. Dieses diplomatische Pathos weckt hohe Erwartungen, die dann auch im täglichen politischen Handeln erfüllt werden müssen. Es kann eine ernsthafte Diskussion in Deutschland nicht ersetzen, die

74 Vgl. Kazimierz Wóycicki, Waldemar Czachur: Polen im Gespräch mit Deutschland. Zur Spezifik des Dialogs und seinen europäischen Herausforderungen. Mit Vorworten von Gesine Schwan, Heinrich Oberreuter, Wrocław 2009, 16: „Man hatte normale Beziehungen gewollt, doch es stellte sich heraus, dass die Beziehungen normal letztlich nicht sind.“ In Polnisch ist das Buch ohne die deutschen Kommentare unter dem Titel erschienen: *Jak rozmawiać z Niemcami? O trudnościach dialogu polsko-niemieckiego i jego europejskim wyzwaniu* (Wie ist mit den Deutschen zu sprechen. Über die Schwierigkeiten des polnisch-deutschen Dialoges ...).

75 Rede von Bundesaußenminister Guido Westerwelle beim 14. Deutsch-Polnischen Forum „Deutsch-polnische Partnerschaft für Europa“ in Warschau, 24.6.2010: <http://www.auswaertiges-amt.de>; vgl. auch den Bericht von Gerhard Gnauck zum Antrittsbesuch von Guido Westerwelle in Warschau: Deutschlands neuer Außenminister verzückt Polen, in: Welt online, 1.11.2009.

wie ein Rufen im Walde...

die Brüche und Enttäuschungen, die unerfüllten Wünsche und vor allem die Ursachen der Probleme ernst nimmt.⁷⁶ Da gibt es ein ganzes Bündel sich überlagernder Bedingungsfaktoren, die einen mentalen-politischen Raum abstecken, in dem die Schwingungen innerhalb der deutsch-polnischen Beziehungen ihre extreme Weite im Guten wie im Schlechten erreichen. Dazu gehören die Belastungen der Geschichte, die unterschiedlichen Kulturen und Prägungen, die Asymmetrien und Ungleichzeitigen der Entwicklungen, die aufeinander bezogenen Zu- und Abneigungen, gegenseitige Ressentiments, Befürchtungen und Hoffnungen, die unterschiedlichen Reaktionen auf politische Herausforderungen und Potenziale, der innerpolnische Kulturkampf wie die innerdeutschen Auseinandersetzungen, der Wechsel der Regierungen und Akteure usw.⁷⁷ Die Ursache für die Spirale der Irritationen der letzten Jahre hingegen vor allem oder ausschließlich bei den politischen Provokateuren und Populisten und den sie verstärkenden Medien festzumachen, wobei dann einerseits in Polen auf die Nationalkonservativen und in Deutschland auf die Vertriebenenorganisationen gezeigt wird⁷⁸, oder aber einseitig das mangelnde Verständnis der Deutschen, ihre Missachtung und Ignoranz und ihren fehlenden Respekt gegenüber Polen und das zu zurückhaltende Auftreten Polens für die Misere Verantwortlich zu machen⁷⁹, greift zu kurz und geht fehl. Verständigung ist keine Einbahnstraße. Die Deutschen tun gut daran, Polen besser verstehen zu lernen und ihm Ach-

76 Wóycicki, Czachur, aaO. 60 meinen, solche Reden von deutschen Politikern seien „nur für den Export bestimmt“, wogegen es in Deutschland selber an einer Diskussion über das Verhältnis zu Polen fehle. In wichtigen Reden spreche man zwar von Partnerschaft, unternehme aber nichts Konkretes (66).

77 Viel über die politischen Befindlichkeiten in Polen sagt das Buch aus von Wóycicki, Czachur, aaO. aus.: Unter der Berücksichtigung der Tatsache, dass Polen zwar ein aufstrebendes Land ist, sich aber im Vergleich mit Deutschland „in vielerlei Hinsicht in einer schwächeren Position befindet“, wird die psychologisch-politische Bedeutung einer interessierten Hinwendung, des Respekts, der Berücksichtigung der polnischen Anliegen von deutscher Seite gegenüber Polen bei der Lektüre deutlich.

78 Diese Tendenz ist im Beitrag von Góralski, aaO. zu bemerken.

79 Diese Tendenz findet man im Buch von Wóycicki, Czachur, aaO. 137f.: Traurig sei, „dass die deutsche Seite oftmals erst dann bereit ist, sich mit dem auseinanderzusetzen, was die polnische Seite sagt wenn es zu ernststen Spannungen kommt. Wesentlich besser wäre es, wenn die deutsche Seite lernen würde, Polen schon dann zu verstehen, wenn diese selbstironisch von ihren Schwächen sprechen. Hierauf muss sich die polnische Seite jedoch früher vorbereiten und in potenziellen Konfliktsituationen deutlicher werden. (...) Missachten und Ignorieren (eine deutsche Spezialität) bzw. Ängste (eine polnische Spezialität) und Komplexe (hier hat jede Seite ihre eigenen) führen nur zu Missverständnissen.“ Zur „Asymmetrie des Respekts“ ebd. 52-68, 75-84.

Das diplomatische Pathos weckt hohe Erwartungen.

Verständigung
ist keine
Einbahnstraße.

tung entgegenzubringen. Andersherum gilt dies nicht weniger, wenn man mit seinen Anliegen, Erwartungen oder Forderungen nicht ständig vor eine Mauer des Unverständnisses laufen will.

Andererseits sollen und dürfen die Schwierigkeiten und Probleme nicht die Potentiale und Chancen verdecken, das, was gut läuft in den deutsch-polnischen Beziehungen im politischen Dialog, in der Zusammenarbeit in den unterschiedlichen Bereichen von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, im Zusammenleben der Menschen. Die Ergebnisse der politischen und wirtschaftlichen Transformation in Polen sind eindeutig positiv, was angesichts der Probleme, die zu überwinden waren, ein bemerkenswerter Erfolg ist. Deutschland ist der wichtigste strategische Wirtschaftspartner Polens, und Polen ist für Deutschland der größte Handelspartner im östlichen Europa vor Tschechien und auch vor Russland. Aus dem Blickwinkel der Wirtschaft sehen die Beziehungen folglich viel positiver aus.⁸⁰ So kann das deutsch-polnische Verhältnis heute wieder als ein „Raum der Hoffnung“ definiert werden, den es in der politischen Praxis allerdings auszufüllen gilt etwa durch die Kooperation im Rahmen des Weimarer Dreiecks und der EU, der transatlantischen Sicherheitspolitik, der Russland- und Ostpolitik, in der wirtschaftlichen, kulturellen und zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit und auf allen Feldern, die schon der Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag von 1991 angesprochen hat. „Die Europäische Union, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Intensivierung der zwischenmenschlichen Kontakte – all dies bildet einen stabilen Rahmen für die deutsch-polnischen Beziehungen.“⁸¹

Plädoyer für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit

Das bilaterale Verhältnis von Deutschland und Polen hat in den letzten 20 Jahren verschiedene Wandlungen erlebt: von einer „**Werte- und Interessen-**

80 Vgl. Józef Olszyński: Aktueller Stand der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen, in: Witold Malachowski (Red.), Deutschland – Polen im vereinigten Europa und ihre ökonomische Verantwortung, Warschau/Warszawa 2006, 39-43; Statistisches Bundesamt: Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland 2009, Wiesbaden 2010.

81 Wóycicki, Czachur, aaO. 132.

gemeinschaft“ über verschiedene Interessenkonflikte zu einer „**Konflikt-Nachbarschaft**“ und schließlich hin zu einer dualen „**Interessenpolitik**“. Nach einem längeren Auf- und Abstieg scheinen nun die Mühen der Ebene vor den Gestaltern der nachbarschaftlichen, partnerschaftlichen oder freundschaftlichen Beziehungen zu liegen. Alte, durch die neuere Geschichte festgefügte Feindschaftsmuster konnten durchbrochen werden. Das ist nicht wenig.⁸² Eine **Freundschaft**, die auf Vertrauen, Sympathie und gegenseitiger Wertschätzung beruht, wird daraus noch nicht. Die Sympathiewerte sanken zuletzt, die Gleichgültigkeit stieg an und überwog die Zuneigung. Immer noch eine gute Mehrheit der Befragten in Deutschland und Polen bewertet die deutsch-polnischen Verhältnisse jedoch positiv. Die Geschichte verliert in den Augen der Mehrzahl der Befragten im Gegensatz zur medial-politischen Diskussion an Gewicht in den Beziehungen. Es scheint sich eine nüchterne, pragmatische Einschätzung auszubreiten. Das betrifft Polen, wo man sich mit unrealistischen Erwartungen an verschiedenen Konflikten mit dem Nachbarn abgearbeitet hat, wie auch Deutschland, wo man die Erfahrung machen musste, dass sich eine strategische Partnerschaft mit dem Nachbarn nicht so leicht bewerkstelligen lässt. Der Weg dahin ist offensichtlich länger und schwieriger als erwartet.

Angesichts weiter bestehender Verständnisschwierigkeiten zwischen Deutschen und Polen ist auch die Annäherungs- und Verständigungsarbeit weiter vonnöten. Die Kenntnis von einander kann Vertrauen schaffen oder zumindest zu einem fundierten Urteil beitragen. Gegenseitiges Interesse kann man nicht verordnen. Aber es kann angeregt und gefördert werden. Man kann dafür werben, was zur Verständigungsarbeit dazu gehört. Die habituellen, wirtschaftlichen, politischen oder interessenmäßigen Asymmetrien werden auch in Zukunft bestehen. Reale Ungleichheiten und Ungleichgewichte sind nichts Außergewöhnliches zwischen Ländern. Man muss sie in Rechnung stellen und mit ihnen umzugehen lernen. Ein „Fatalismus der Ungleichheit

82 Insofern sind die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1989 sicher kein verpasster Neuanfang; was Holesch meint, aaO. 133. Das im ansonsten sehr lesenswerten Buch von Holesch wiederholte populäre Stereotyp von der „deutschen paternalistischen Haltung gegenüber Polen“, die auf „einen hörigen EU-Partner“ (sic!) gehofft habe (132), bedarf einer differenzierenden Überprüfung.

„Raum der
Hoffnung“

die Mühen
der Ebene

Es scheint sich
eine nüchterne,
pragmatische
Einschätzung
auszubreiten.

und der Disproportionalität⁸³ oder ein „Fatalismus der Ungleichzeitigkeit“⁸⁴ führen nicht weiter. Das statische Denken in den Kategorien des Machtgleichgewichts, das in der außenpolitischen Debatte in Polen stärker präsent ist, mutet angesichts offener pluralistischer Gesellschaften, dynamischer Prozesse und europäisch-internationalen Verflechtungen anachronistisch an.⁸⁵ **Partnerschaft** als gemeinsame Teilhabe orientiert sich an Zielen und Aufgaben, die von den Teilhabern gemeinsam verfolgt oder bewältigt werden. Über die Definition dieser Ziele und Aufgaben hinaus ist eine nüchterne, konkrete und vor allem politikhafte Reflexion auf den Nutzen und die Möglichkeiten gemeinsamer Politik, die der Problemlösung und Zielerreichung dienen soll, notwendig. Das geschieht gemeinhin in parteipolitischen Zusammenhängen. Überparteiliche akademisch publizistische Kreise wie die Kopernikus-Gruppe, die seit zehn Jahren arbeitet, können dafür Anregungen geben. Partnerschaft oder Solidarität leben davon, dass sich die Teilhaber nach ihren Möglichkeiten einbringen. Wenn polnische Politikberater einen umfangreichen Katalog erstellen, was alles „Polen von Deutschland fordern“ sollte und wie es „Druck“ auf den großen Nachbarn ausüben könne, sollte darüber nicht die für den Partner nicht unwichtige Überlegung vergessen werden, was Polen beitragen und geben kann, was es anzubieten hat und wie es selber Solidarität übt.⁸⁶ Ob Deutschland tatsächlich schwächer werden wird, wie manche Analysten in Polen meinen, bleibt abzuwarten. Ob Polen jedoch der geeignete Partner ist, die angenommene Schwäche Deutschlands auszugleichen und seine zentrale Lage in Europa zu festigen, muss es erst noch beweisen, zumal wenn man in Polen

Partnerschaft als gemeinsame Teilhabe orientiert sich an Zielen und Aufgaben.

83 Marek Cichocki: Porwanie Europy (Der Raub Europas), Kraków, Warszawa 2004, 63.

84 Piotr Buras: Fatalizm nierównoczesności: elity Polski i Niemiec po rozszerzeniu Unii Europejskiej na Wschód (Fatalismus der Ungleichzeitigkeit: polnische und deutsche Eliten nach der Osterweiterung der EU), in: Lena Kolarska-Bobińska, Mateusz Falkowski (Hg.), Polska-Niemcy-Francja. Wzajemne postrzeganie po rozszerzeniu UE (Polen-Deutsche-Franzosen. Die gegenseitige Wahrnehmung nach der Erweiterung der EU (Instytut Spraw Publicznych / Institut für Öffentliche Angelegenheiten i Fundacja Konrada Adenauera w Polsce / Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen), Warszawa 2008, 69-100.

85 Vgl. Gesine Schwan: Vorwort, in: *Wóycicki, Czachur, aaO. 7-10*; zu den alternativen Konzepten einer pluralistisch integrierten Sicherheitsgemeinschaft oder vergesellschafteten Außenpolitik und zur Frage der Asymmetrie vgl. die Hinweise bei *Holesch, aaO. 26-30*.

86 *Wóycicki, Czachur, aaO., 85-129*, die den Außenpolitischen Ausschuss des Sejm beraten, breiten einen solchen Katalog unter der Überschrift: „Was sollte Polen von den Deutschen fordern?“ aus. Er macht über ein Drittel ihres Buches über die Spezifik des polnisch-deutschen Dialoges aus.

im Gegenzug „Zugang zu deutschen Spitzentechnologien“ und Unterstützung bei der wirtschaftlichen Entwicklung erwartet.⁸⁷

Deutschland und Polen haben als unmittelbare **Nachbarn** und wegen ihrer geographischen Lage, Geschichte und Größe unzweifelhaft eine wichtige Bedeutung für die Gestaltung europäischer Politik. Aber die beiden Länder sind nicht der Nabel der Welt; sie sind vielmehr eingebettet in ein Netzwerk internationaler Bezüge und Partnerschaften wie der transatlantischen mit den USA, der Kooperations-Partnerschaft mit Frankreich, der Modernisierungspartnerschaft mit Russland, der östlichen Partnerschaft der EU sowie einer von Deutschland angestrebten privilegierten Partnerschaft mit der Türkei oder strategischen Partnerschaft mit China. Angesichts dessen wird deutlich, dass eine konkrete Zusammenarbeit mit Blick auf gemeinsame Ziele und Schlüsselprobleme zwischen Deutschland und Polen einem Konzept auseinanderstrebender Interessenpole, die in einem schwierigen Kompromissprozess zum Ausgleich zu bringen sind, alle male vorzuziehen ist.⁸⁸ Die bewusste Betonung von Interessenunterschieden und ständige Forderungen führen unweigerlich zu einer Distanzierung und Entfremdung. Sie tragen nicht zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit bei, die das Gemeinsame sucht. Von daher kann das Politikkonzept der Polarität nur ein Notnagel sein, aber kein erstrebenswertes Ziel. Es geht vielmehr um die Überwindung der divergierenden Polaritäten durch Zusammenarbeit, um die Schaffung von Feldern der Kooperation durch die konstruktive Beseitigung oder Neutralisierung von Konflikten. Vielleicht kann aus solch einer pragmatischen Kooperation später eine strategische Partnerschaft wieder entstehen.⁸⁹ Dafür können neue Formen und Methoden des Krisenmanagements und möglichst breit gestreute direkte

Die bewusste Betonung von Interessenunterschieden und ständige Forderungen führen unweigerlich zu einer Distanzierung und Entfremdung.

87 Ebd. 38f., 131: „Der große ‚Deal‘, den Polen im 21. Jahrhundert mit Deutschland schließen kann, heißt Technologie im Gegenzug für die Festigung der zentralen Lage Deutschlands in Europa.“

88 *Bingen, Ruchmiewicz, aaO. 668ff.* vertreten unter Bezug auf den polnischen Politikanalytiker Piotr Buras ein solches Polaritätskonzept, in dem der divergierende deutsche und polnische Pol in der „Interessengemeinschaft in Europa“ jeweils zum Ausgleich zu bringen sei.

89 Vgl. *Kai-Olaf Lang*: Pragmatische Kooperation statt strategische Partnerschaft. Zu Stand und Perspektiven der deutsch-polnischen Beziehungen, SWP-Aktuell 48, Oktober 2004; *Stephan Raabe*: Eine neue Agenda ist nötig. Die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem politischen Wechsel in Polen, in: Euro Journal. Pro Management 1/2008, 32-34 (polnisch erschienen im Europakalender der Polnischen Robert Schuman Stiftung 1/2008); *Jutta Frasch*: Dynamisierung der deutsch-polnischen Beziehungen. Vorschläge für eine Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit, SWP-Aktuell 34, Juli 2009.

Es ist an der Zeit, „mutiger und offener miteinander zu reden“.

Kontakte unter Einschluss gerade auch der kritischen Akteure hilfreich sein. Es ist an der Zeit, „mutiger und offener miteinander zu reden“.⁹⁰ Ebenso kann eine Multilateralisierung des Dialoges und der Zusammenarbeit nützlich sein, um die bilaterale Fixierung zu überwinden. In diesem Sinne zitierte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede in der Warschauer Universität am 16. März 2007 Johannes Paul II., der sagte: „Es war Gottes Wille, der Deutsche und Polen zu Nachbarn gemacht hat. Aus diesem Grunde ist es unsere gemeinsame Aufgabe und Verantwortung, in Einigkeit zu leben.“⁹¹ Und der polnische Premier Donald Tusk gab dazu bei der Verleihung des Karlspreises in Aachen am 13. Mai 2010 die passende Losung: „Europa als Norm, Gemeinschaft als Regel, Freiheit und Solidarität als Grundsatz. Das sind unsere Wegweiser.“⁹²

Der Beitrag wurde für die KAS Auslandsinformationen 9/2010 verfasst.

90 Wóycicki, Czachur, aaO. 16. Die Autoren entwerfen drei Szenarien für die deutsch-polnischen Beziehungen: einen „verdeckten Antagonismus“, eine „Zusammenarbeit auf Distanz“ und eine „pragmatische Zusammenarbeit“.

91 Zitiert nach Góralski, aaO. 354.

92 Donald Tusk: Dankesrede nach der Verleihung des Karlspreises am 13.5.2010, in: Adalbertusforum. Zeitschrift für ostmitteleuropäische Begegnung 6 (2010) 14-17, hier 17.